

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

Bezugpreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und in Buchhandlungen der „Volkswacht“, Neue Graunstraße Nr. 5 und Neue Graunstraße 11, Marktstraße 155, sowie durch alle Buchhändler zu beziehen. Einzelhefte im voraus zu entnehmen wöchentlich 0,42 Rmt. + 8 Pf. Trägerlohn, monatlich 1,75 Rmt. + 35 Pf. Trägerlohn + 2,10 Rmt. Durch die Post einzeln, Bestellungengebühren 2,25 Rmt.

Organ für die werftätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21737, Redaktion 21738
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Gf. Breslau

Anzeigenpreis: Je Zeile für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärtig 17 Pf. Anzeigen unter 1000 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellenangebote, Vereins-, Verjammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis mittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Marktstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unverlangt eingelangte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

Neues Kabinett Poincaré

Eine Regierung ohne die Radikalen

Paris, 11. November.

Die Sonntag nachmittag wieder ausgenommenen, 1 1/2 Stunden währenden Verhandlungen Poincarés im Finanzministerium führten im wesentlichen zu einer Einigung. Bei Beendigung der Nachmittags-Besprechung waren nur das Landwirtschaftsministerium und das Portefeuille der Pensionen noch unbesetzt.

Die Besprechungen Poincarés zur Ergänzung der Ministerliste wurden um 21 Uhr französischer Zeit fortgesetzt. Um 22 Uhr französischer Zeit wurde folgende Ministerliste amtlich bekanntgegeben:

- Ministerpräsident ohne Portefeuille: Poincaré,
- Justiz: Barthou,
- Auswärtiges: Briand,
- Inneres: Lardieu,
- Finanzen: Chéron,
- Krieg: Painlevé,
- Marine: Lagues,
- Unterricht: Marraud,
- Öffentliche Arbeiten: Jorogot,
- Handel: Bonnesou,
- Landwirtschaft: Jean Sennessy,
- Kolonien: Maginot,
- Arbeit: Loucheur,
- Luftfahrt: Cynac,
- Pensionen: Antierou,
- Unterstaatssekretär: Oberkirch.

Die anderen Unterstaatssekretäre werden in den nächsten Tagen vom Ministerrat bestimmt werden. Eine Erklärung der neuen Regierung wird nicht vor Mittwoch erwartet. Ueber die Tagesordnung der Kammer und des Senats wird mit den beiden Präsidenten verhandelt werden.

Paris, 12. November.

Poincaré hat, wie die Ministerliste zeigt, sich nun also doch entschlossen, eine Regierung ohne die Radikalen zu bilden. Wenn er nicht seine Bemühungen um eine Regierungsbildung als vergeblich einstellen wollte, war er dazu durch die Beschlüsse der Radikalen vom Sonntag Vormittag gezwungen. Die Radikalen haben nämlich in einer Versammlung der Fraktion am Sonntag Vormittag beschlossen, daß sich die von Poincaré für ein Kabinett in Aussicht genommenen radikalen sozialistischen Minister Queuille, Lamouroux, Albert Sarraut und André Hesse nicht an der Regierung beteiligen dürfen. Die Radikalen haben diesen Beschluß gefaßt 1. weil ihnen die für die künftige Regierungspolitik gemachten Zugeständnisse zu gering waren. So hat sich Poincaré vor allen Dingen geweigert, die von den Radikalen verlangten Abstriche am Militärhaushalt und die von ihnen verlangte Steuerreform zu bewilligen; 2. weil Poincaré sich nicht entschließen konnte, auf die Teilnahme der Gruppe Martin an seinem Kabinett zu verzichten. Mit Recht haben die radikalen Sozialisten in dem Angebot Poincarés, auf die Teilnahme Martins als Person zu verzichten und ihn durch einen anderen Vertreter seiner Gruppe oder einer Persönlichkeit des rechten Zentrums zu ersetzen, ferner evtl. auch einen Mann des linken Flügels der radikalen sozialistischen Fraktion, wie etwa Malag, in sein Kabinett aufzunehmen, nur eine rein formelle Schwertung Poincarés. Ohne sie ist eine weitere Teilnahme an der Regierung Poincaré für die Radikalen aber nicht möglich, da sie ja Poincaré letzte Regierung schlicht haben, um eine solche politische Schwertung nach links zu erreichen. Das neue Kabinett stellt daher im großen und ganzen eine Wiederherstellung des alten Kabinetts Poincaré ohne die Radikalen dar. Das bedeutet aber, daß das Kabinett Poincaré nicht kein Konzentrationskabinett mehr ist, sondern ein reines Kabinett der Rechten. Das zeigt die personelle Zusammenlegung des Kabinetts deutlich. Die Rechte ist in ihm viel stärker vertreten, als in dem bisherigen Kabinett Poincaré. Die vier radikalen Minister sind ersetzt durch den verwaschenen Radikalen Marraud, den Berner Gesandten Sennessy, der kürzlich vom Postamt auf seinen Schweizer Posten abgehoben worden ist, den früheren Pensionsminister Antierou, der sich noch bei den letzten Kammerwahlen in Opposition gegen Poincaré befand und durch einen unbekanntem Mann mit Namen Jorogot. Die ausgesprochenen Rechtsparteien sind zahlenmäßig sogar verstärkt worden. So sind zu den beiden Vertretern der Gruppe Martin der Kriegsminister des Bloc national, Maginot, einer der wütendsten Feinde des Linksflügels und der Pariser Abgeordnete Bonnesou, einer der rührigsten und aktivsten Reichstagsabgeordneten, getreten. Diese Lösung der Regierungskrise bedeutet daher einen ziemlich starken Rückgang nach rechts. Dieser Rückgang kommt besonders auch dadurch zum Ausdruck, daß zum Innenminister Lardieu ernannt worden ist. Er gilt als besonders energiegeliche Persönlichkeit und als ausgesprochene Kämpfernatur und wird als Innenminister hauptsächlich den Feldzug seines radikalen Vorgängers gegen die Kommunisten mit besonderer Schärfe fortsetzen. Man nimmt in Paris sogar an, daß er sehr schnell mit den Sozialisten und den radikalen Sozialisten in schwere Konflikte geraten wird. Ob Poincaré auf eine Mehrheit für seine neue Regierung rechnen kann, muß vorläufig noch zweifelhaft erscheinen. Es wird sehr davon abhängen, ob die Radikalen sich bloß der Stimme enthalten und also die neue Regierung Poincaré zunächst dulden lassen oder ob sie sofort in die Opposition gehen und gegen das

Kabinett stimmen werden. Gehen die Radikalen gleich in die Opposition, so würde Poincaré zur Bildung seiner Mehrheit auch die Stimmen des äußersten rechten Flügels der Kammer brauchen, der Radikalen und der Nationalisten. Es ist aber sehr fraglich, ob er diese Stütze erhalten wird. So erscheint das Schicksal des neuen Kabinetts zunächst ziemlich unsicher.

Großes Aufsehen hat es in Paris erregt, daß Poincaré zum ersten Mal nicht ein Fachministerium übernommen hat, daß er das fast 2 1/2 Jahre von ihm betreute Finanzministerium abgab. Das bedeutet nicht, wie man zuerst vielleicht meinen könnte, daß Poincaré sich nicht mehr in erster Linie um die bevorstehenden Reparationsverhandlungen kümmern will, sondern das bedeutet gerade, daß er seine ganze Kraft auf diese Verhandlungen konzentrieren und deshalb von dem täglichen Kleinrat eines Fachministeriums sich freihalten will. Daß Poincaré diese Absicht hat, geht auch aus einer Aeußerung hervor, die er nach der Bildung der Regierung zu einem Vertreter der Presse gemacht hat, in der er sogar davon spricht, daß er eventuell während der Reparationsverhandlungen nach Berlin reisen müsse.

Das Kabinett wird sich erst am Donnerstag den beiden Kammern vorstellen. Zur Abfassung der Regierungserklärung werden bis dahin täglich Beratungen stattfinden. Poincaré hat sein Kabinett bereits dem Präsidenten der Republik vorgestellt. Es sind auch schon in der Kammer mehrere Interpellationen über die Regierungsbildung eingebracht worden. So von dem Führer der Radikalen, Daladier, und von dem Sozialisten Vincent Auriant.

Regierung Maniu gebildet

Kammer und Senat werden angesetzt

Bukarest, 10. November. (Eigener Drahtbericht.)

Das Kabinett Maniu ist gebildet und am Sonntagabend von dem Regentenschaftsrat bestätigt worden. Das Kabinett besteht ausschließlich aus Mitgliedern der Bauernpartei. Maniu ist Ministerpräsident. Der Auswärtige Amt steht unter Leitung des Bauernführers Mironescu. Am Sonntag nachmittag um 5 Uhr wurde die neue Regierung von dem Regentenschaftsrat im königlichen Palais vereidigt. Anschließend wurde der erste Ministerrat abgehalten.

Das Parlament wird bereits am Montag zusammentreten und ein Dekret des Kabinetts über die Auflösung von Senat und Kammer entgegennehmen. Die Neuwahlen sollen bereits am 9. Dezember stattfinden.

Abschluß der deutsch-rumänischen Verhandlungen

Berlin, 11. November.

Amtlich wird mitgeteilt: Die deutsch-rumänischen Verhandlungen zur Beilegung der finanziellen Streitfragen zwischen den beiden Ländern sind zum Abschluß gekommen. Durch dieses Abkommen werden endlich die Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Ländern beseitigt, die die Entwicklung regelmäßiger wirtschaftlicher Beziehungen zwischen den beiden Ländern in den letzten 8 Jahren erschwert haben. Es kann nunmehr auch in Aussicht genommen werden, daß die Verhandlungen zum Abschluß eines Handelsvertrages zwischen den beiden Ländern in absehbarer Zeit aufgenommen werden.

Die „feine“ Rennstallbesitzerin

Würdeloses Verhalten der Frau von Oppenheim im Ausland

Genf, 10. November. (Eigener Drahtbericht.)

In Genf findet, wie alljährlich, zurzeit ein internationales Reitturnier statt, das Offiziers- und Perrenreiterkreise aus ganz Europa versammelt. Wie in jedem Jahr erschien auch diesmal der Stall Oppenheim, dessen erste Handlung wiederum darin bestand, die schwarz-rot-goldenen Fähnchen an seinen Pferdebojen schwarz-weiß-rot zu übermalen. Im Verlauf der Veranstaltung gewann die Frau Baronin einige Springturniere. Die Leitung der Turniere lag deshalb auf dringenden Wunsch der Siegerin am Siegermast ein schwarz-weiß-rotes Fähnchen aufziehen, statt der öffentlichen Landesfahne. Die teilnehmenden deutschen Reichswehroffiziere verhielten sich loyal und ließen durch ihren Führer, Oberleutnant Sahla vom 10. Reiter-Regiment, bei der Leistung erklären, daß sie eine weitere Teilnahme am Turnier ablehnen müßten, wenn noch einmal eine schwarz-weiß-rote Fahne gezeigt würde. Daraufhin entschuldigte sich die Leitung am Sonntagabend beim deutschen Generalkonsulat in Genf wegen des „bedauerlichen Irrtums“. Frau von Oppenheim schneidet seitdem die hier anwesenden Angehörigen der Reichswehr und das deutsche Konsulat.

Staatsfinanznot in Bayern

Die Etats der deutschen Länder reden eine deutliche Sprache. Wo man auch hinschaut, sind finanzielle Not. Auch der bayerische Staatshaushalt für 1929 weist ein Defizit von 40 Millionen auf, dessen Deckung unmöglich ist. Die Separatisten aber wüßten weiter gegen den deutschen Einheitsstaat.

Reichstagsbeginn

Aus dem Reichstag wird uns geschrieben: Die erste Sitzung des Reichstags nach den Herbstferien wird bereits die ungeheuren sozialen und wirtschaftlichen Spannungen zeigen, von denen gegenwärtig auch die politische Zukunft Deutschlands bestimmt wird. Auf der Tagesordnung der am Montag beginnenden Beratungen steht die Erörterung der gewaltigen Massenauspeerrung

in der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie, die fast eine Viertel Million Menschen ihrer sicheren Existenz beraubt hat. Jeder Tag, den dieser Kampfzustand weiter andauert, bringt Zehntausende von Arbeitsträften in anderen Industrien um die Beschäftigung. So kann man mit Sicherheit den Tag voraussehen, an dem durch die Stilllegung der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie fast das ganze Industriegebiet in Mitteldeutschland gezogen und die verarbeitende Industrie in anderen Gegenden Deutschlands wegen Mangel an Rohstoffen zur Einschränkung der Produktion gezwungen ist.

Es besteht kein Zweifel, daß der durch den Produktionsausfall der Eisenindustrie entstehende Schaden unendlich größer ist als die Lohnzulage für das ganze Jahr ausmacht. Die durch die Auspeerrung entstehenden direkten Kosten werden auf wöchentlich 10 bis 15 Millionen Mark geschätzt, während die Lohnerrhöhung eine Mehrbelastung von 20 bis 25 Millionen für das ganze Jahr ausmacht. Wenn trotzdem die Unternehmer ihre Betriebe stillgelegt haben, so nicht, weil sie die Kosten für die Lohnzulage nicht aufbringen können.

Der Kampf der Unternehmer

richtet sich nicht gegen die Lohnerrhöhung.

Ihnen paßt der Geist nicht, aus dem heraus der Staat ein neues soziales Recht zu schaffen versucht. Die Unternehmer wollten mit der Auspeerrung einen

Generalangriff gegen das Schlichtungswesen

einleiten, um nicht nur in diesem Falle, sondern auch in allen übrigen Fällen die Staatsgewalt zu hindern, in das soziale Leben einzugreifen und die Schwachen gegen die Uebermacht des Großkapitals zu schützen.

Die Staatsgewalt kämpft deshalb nicht nur um die Erhaltung ihres Willens, sondern auch um die Wahrung ihrer Autorität. Die Träger dieses Kampfes sind in erster Linie die ausgespeerrten Arbeiter, die ihre eigene Sache und die des Staates verteidigen. Diese Verteidigung muß ihnen ermöglicht werden, d. h. sie müssen die Mittel erhalten, die sie vor dem Unterliegen unter ein mächtigeres Unternehmertum schützt. Schließlich darf der Staat nicht tatenlos zusehen, wie Unternehmer Rechtsakte der Staatsgewalt mißachten, Hunderttausende von Menschen um ihren Erwerb bringen, die Wirtschaftslage schwer schädigen und mit den Kosten dafür die Allgemeinheit belasten.

Der sozialdemokratische Gesetzentwurf zur Unterstützung widerrechtlich ausgespeerrter Arbeiter ist daher kein Agitationsantrag. Er entspricht dem wirklichen Willen der Sozialdemokratie, den Kampf des Unternehmertums den Arbeitern und dem Staat aufzuzwingen hat, erfolgreich zu beenden und die Kosten dafür den Unternehmern aufzubürden. Wir hoffen, daß auch das Zentrum sich auf den Boden des sozialdemokratischen Antrages stellen wird. Ein großer Teil der ausgespeerrten zählt zu seinen Anhängern. Will das Zentrum sich nicht dem Verdacht aussetzen, daß es ein Spiel mit verteilten Rollen treibt, dann wird es den scharfen Worten, die von den christlichen Gewerkschaften brauchen gegen das Vorgehen der Unternehmer geföhrt werden, entsprechende Taten im Reichstag folgen lassen müssen. Daß die Deutsche Volkspartei mit ihren Sympathien auf der Seite der Unternehmer steht, obwohl eine deutliche Stellungnahme in der Öffentlichkeit bisher vermieden worden ist, weiß man. Aber das macht die Sozialdemokratie keineswegs wankend, in dem Ziel, den Konflikt in der Eisenindustrie durch einen Sieg des Rechts und der Arbeiter zu beenden.

Es ist schließlich nicht nur diese Frage, von der die politische Zukunft Deutschlands und das Schicksal der Reichsregierung abhängt. In der übernahmsten Woche wird der Reichstag zu dem sozialdemokratischen Antrag auf Einstellung des Baues des Panzerschiffes „A“ Stellung nehmen. In dieser Frage ist ebenso wenig wie in vielen anderen hochpolitischen Fragen bisher eine einheitliche Linie gefunden worden, weil eine feste Mehrheit für die Reichsregierung fehlt. Es werden deshalb in nächster Zeit Verhandlungen über die Umbildung der Reichsregierung geführt werden; denn sichere Mehrheitsverhältnisse sind die Voraussetzung für die Lösung der großen Aufgaben, vor denen Reichstag und Reichsregierung stehen. Ist bei den bürgerlichen Parteien der Wille vorhanden, den Interessen der breiten Massen des Volkes Rechnung zu tragen, so wird die Sozialdemokratie an der Erreichung dieses Zieles mitwirken.

Eine Vermittlung des Reichsgerichtspräsidenten?

Köln, 10. November. (Eigener Drahtbericht.)

Die „Rheinische Volkszeitung“ meldet in ihrer Sonntagabend-Ausgabe aus Düsseldorf, daß im Ruhrgebiet in der Person des Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simon ein Vermittler aufgetreten sei, der den Parteien neu sein dürfte. Die Verhandlungen würden bereits in Kürze eingeleitet und man rechne damit, daß der Weg zu einer Verständigung bald geebnet sei. Als Verhandlungsbasis komme eine „Abweichung über die Arbeitszeitregelung“ in Frage.

Die Friedensvermittlung auf Arbeitgeberseite wollen mit der Einberufung der Arbeitszeitfrage in die neuen Verhandlungen den Ausperrern eine Brücke bauen, auf der sie den Rückzug auf dem Konflikt antreten können. Man kann das Bemühen der Arbeitgeberseite, deren Neuregelung in einigen Wochen ja doch fällig wird, in die Verhandlungen einzubringen, begreifen. Unbegreiflich und schlimm wäre es aber, wenn bei den neuen Verhandlungen und durch ihr eventuelles Ergebnis bei der Arbeiterseite der Eindruck entstände, als ob die Ausperrern mit ihrem Gewaltstreik ausschließlich doch den für verbindlich erklärten Schiedsspruch zerschlagen haben. Jeder Anstoß in dieser Richtung muß unheilvoll wirken. Jede neue Gesamtregelung für Lohn und Arbeitszeit muß nach außen hin deutlich als Erfolg der Arbeiterseite sichtbar sein, wenn nicht die Arbeiter auf den Gedanken kommen sollen, daß sie die Geopfert sind. Das Ergebnis der Verhandlungen darf auf keinen Fall darin bestehen, daß die Anerkennung des amtlichen Schiedsspruchs auch durch die Arbeitgeber irgendwie verweigert wird. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband hat am Sonntagabend in seiner Vertragsitzung in Stuttgart demütig zum Ausdruck gebracht, daß er den amtlichen Schiedsspruch anerkennt und von diesem Standpunkt nicht abgehen wird. Wenn die Arbeitnehmer den Schiedsspruch, obwohl er sie sehr wenig erfreut, anerkennen, dann muß das gleiche auch für die Eisenbahn gelten. Es darf keine Schlichtungsmoral mit doppeltem Boden geben.

Berlin, 10. November. (Eigener Bericht.)

Am Sonntag wird mitgeteilt: Das Reichskabinett beschäftigt sich am Sonntag mit der durch den Arbeitskampf in der nordwestlichen Eisenindustrie geschaffenen Lage. Der Reichsarbeitsminister wurde beauftragt, die von den Parteien gestellten Interpellationen in der Montagitzung des Reichstages zu beantworten.

Das Kabinett beschäftigt sich ferner mit den deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen. Die Beratungen werden fortgesetzt.

Wie man in Polen seit eigenem Bestehen feiert

Warschau, 10. November. (Eigener Drahtbericht.)

Am Sonntagvormittag fand im Sejm eine Festigung des Parlaments anlässlich des zehnjährigen Bestehens des polnischen Staates statt. Pilsudski war der Feier ferngeblieben, da sie nicht allein seiner Person gelten konnte. Alle anderen offiziellen Veranstaltung waren auf die Person des Marschalls als Befreier Polens zugeschnitten.

Die Rede im Sejm hielt der sozialistische Marschall Dabynski, der die Verdienste Pilsudskis um die polnische Freiheitsbewegung hervorhebend, in einer formvollendeten Rede die Demokratie im neuen polnischen Staate als das oberste Gebot bezeichnet. Er schloß mit einem Hoch auf die Republik, der er nach innen eine demokratische, nach außen eine friedliche Politik wünschte, damit sie niemals mehr in tatsächliche Unfreiheit gelange.

Neue Abrechnung mit Baldwin

London, 9. November. (Eigener Drahtbericht.)

Anlässlich der Debatte über den von der Arbeiterpartei im Unterhaus eingebrachten Antrag zur Arbeitslosenfrage griff Philipp Snowden die konservative Regierung wegen Nichterfüllung ihrer Versprechungen, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, in seiner üblichen, vernichtenden Art an. Geht auf Bisher und Statistiken wies Snowden nach, daß die Regierung ankam zu einer Erleichterung der Arbeitsmarktlage beigetragen, durch ihre Fehler dieselbe weiter verschlechtert habe.

In seiner Antwort auf Snowdens Rede betonte der Bergbau-Minister, er hoffe, auf Grund der nunmehr fertiggestellten Umfstellungspläne 45000 arbeitslose Bergarbeiter aus den anderen Distrikten verpflanzen zu können.

Unruhen in Guadeloupe

Paris, 10. November. (Eigener Drahtbericht.)

Der „Zentral-Anzeiger“ meldet, daß in der französischen Kolonie Guadeloupe, die kürzlich von einer Wirbelsturmkatastrophe außerordentlich schwer heimgesucht worden

ist, Unruhen ausgebrochen sind. Die notleidende Bevölkerung beschwerte sich über die ungenügende und unvollkommen paritätische Verteilung der Nahrungsmittel und sonstigen Hilfsmittel, die aus Frankreich zur Linderung der ersten Not herbeigeführt worden seien. Insbesondere erregte man sich darüber, daß ein Lager von Mehl und Reis im Regen verderben sei, während die Bevölkerung rationiert werde. Auch gehe der Wiederaufbau mit einer verzweifelnden Langsamkeit vor sich, da die Verwaltung sich von ihren üblichen bürokratischen Schikanen nicht freimachen könne.

Die Deutschnationalen gegen eine Sanierung der Landwirtschaft

Sie bekämpfen die geplanten Erleichterungen mit aller Kraft

Am Sonnabend und Sonntag tagte in Berlin der Landwirtschaftliche Reichsausschuß der Deutschnationalen Partei, der längere Reden des neuen Parteivorstehers Hugenberg und des ehemaligen Reichsernährungsministers Schiele über die „Not der Landwirtschaft“ entgegennahm. Auch Graf Reikarp ergriff das Wort zu Darlegungen, die sich im großen und ganzen von den Ausführungen seiner Vordränger nicht unterschieden. Es waren die typischen Reden, die von den Reichslandwirtschaftlern bei ähnlichen Gelegenheiten regelmäßig zum Fenster hinausgehalten werden. Sachlich wurde zum Thema „Agrarkrise und ihre Überwindung“ so gut wie gar nichts gesagt. Man unterstrich die am Dienstag verabschiedete Resolution des Ständigen Ausschusses des Deutschen Landwirtschaftsrats, in der u. a. die Erhöhung der Getreide-, Vieh-, Fleisch- und Futtermittel-, die völlige Abschaffung der zollfreien Getreidekontingente und die Pflichterfüllung deutscher Getreides geordert wird. Diese Resolution findet in weiten Kreisen der Landwirtschaft, insbesondere bei vielen Vertretern der landwirtschaftlichen Genossenschaften, scharfe Ablehnung und der deutsche Bauer wird sich mit Verwunderung fragen, ob es wirklich der Tagung einer großen Organisation bedürfte, um die Unsinnglichkeit des „Ständigen Ausschusses“ nachzuplappern.

Der Bauer im Lande muß wissen, daß man die deutschnationale Tagung am Sonnabend nicht inszenierte, um wirklich Wichtiges zur Landwirtschaftsfrage zu sagen, sondern um die opponierenden Bauern bei der deutschnationalen Stange zu halten. So führte z. B. der ehemalige Reichsernährungsminister Schiele aus, daß das parlamentarische System kein Verständnis für die Not der Landwirte habe und es deshalb gelte, Einfluß auf dieses System zu bekommen. Das Wane man nur durch die Parteien, und die richtige Partei ist nach Schiele eben die Deutschnationale Partei.

Es muß um den Einfluß der Deutschnationalen auf die Landbevölkerung schlecht bestellt sein, wenn der ehemalige Reichsernährungsminister schon Zuflucht zu einer derartig dürftigen Argumentation nehmen muß. Die Geschichte des schiefen parlamentarischen Systems hundertmal mehr für eine Reorganisation der deutschen Landwirtschaft getan haben als Herr Schiele, der erst durch die Vertreter der Linksparteien, der Wissenschaft und der Technik auf den Weg der landwirtschaftlichen Rationalisierung gedrängt wurde.

Den Vogel schloß auf der Tagung natürlich Hugenberg ab. Er führte u. a. aus, der Dawesplan habe den Bauern bis aufs Hemd ausgezogen; infolge des Dawesplanes müßte der deutsche Bauer überhöhte Industriepreise und untragbare Zinsen zahlen usw. Selbstverständlich ist, daß sich Hugenberg in den größten Ausdrücken gegen die schwebende Revision aussprach, die bekanntlich Deutschland eine Erleichterung bringen soll!

Wir wollen Hugenberg nur daran erinnern, daß es die deutschen Industriellen sind, die nicht mit Rücksicht auf die Reparationszahlungen, sondern um bis jetzt in der Wirtschaftsgeschichte noch niemals erreichte Profithöchstquoten zu erzielen, die Preise für Industriewaren überlegen. Außerdem ist es die marginale preussische Regierung, die sich um eine

Zinsenkung für die Landwirtschaft

bemüht, während die deutschen Großbanken die Landwirte mit überhöhten Zinsen, Zinsen ausplündern. Wenn es der gegenwärtigen Regierung gelingen sollte, die Daweszahlung von 2½ Milliarden auf — sagen

Neue Wahlerfolge der britischen Arbeiterpartei

In London und in zahlreichen Provinzstädten von England und Wales erfolgten am Freitag die Wahlen der Oberbürgermeister und Bürgermeistermeister. Es wurden nicht weniger als 30 Mitglieder der Arbeiterpartei in diese Ehrenstellen, die in England rein repräsentativen Charakter tragen, gewählt.

Die Vorarbeiten für die Reichsreform

Amlich wird mitgeteilt: Die durch den Verfassungsausschuß der Länder-Konferenz am 21. Oktober eingeleiteten beiden Unterausschüsse trafen am Sonntag unter dem Vorsitz des Reichsministers des Innern zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen. Die Ausschüsse beschloßen einmütig, zunächst folgende Arbeiten in Angriff zu nehmen:

1. Die Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen Reich und Ländern. Im Zusammenhang damit sind zu erörtern: die Frage der reichseigenen Verwaltung, der auftragsweisen Verwaltung von Reichsaufgaben durch die Länder, der Eigenverwaltung der Länder einschließlich der Länderverwaltung kraft eigener Rechte.

2. Die finanzielle Auseinandersetzung zwischen Reich und Ländern.

3. Die Organisation der Länder (Landtage, Landesparlamente, Regierungen), unter besonderer Berücksichtigung des Verhältnisses zwischen Preußen und dem Reich, und der Einfluß der Länder auf das Reich (Reichsrat).

Als Referent wurden bestellt: zu dem Fragegebiet 1: Reichsminister Koch-Meier, Ministerpräsident Dr. Gels (Bayern), Staatspräsident Dr. Kemmerle, Ministerialdirektor Dr. Brecht unter Beteiligung des Landeshauptmanns Dr. Herion; zu dem Fragegebiet 2: Dr. Brüning, Md.R., Reichsminister a. D. Dr. Hamm, Prof. Dr. Rawas; zu dem Fragegebiet 3: Ministerialdirektor Dr. Brecht, Ministerialdirektor Dr. Boeckh-Hesse, Staatspräsident Dr. Holz, Bürgermeister Dr. Peterse.

Es wurde in Aussicht genommen, die Referate bis zum ersten Drittel des Januar 1929 fertigzustellen.

Wie Geld das Reich „reformieren“ will

München, 10. November. (Eig. Drahtbericht.)

In der am Sonntagabend in Berlin abgehaltenen ersten Sitzung des Unterausschusses der Länderkonferenz hat der bayerische Ministerpräsident Dr. Held die Mitarbeit Bayerns durch Vorlegung einer Reihe von Wünschen und Vorschlägen über Änderung der Reichsverfassung angemeldet. Die Vorschläge stellen einen Gesetzentwurf zur Verfassungsreform dar und sollen zunächst den beiden Unterausschüssen als Material dienen. Sie beziehen sich im wesentlichen auf folgende Artikel und Abschnitte der Reichsverfassungen:

Durch eine neue Fassung des Artikels 7 soll auf dem Gebiete der Fremdenpolizei die Zuständigkeit des Reiches befestigt werden, außerdem soll das Fürsorge-, Gesundheits- und Veterinärwesen stärker als bisher in die Länderverwaltungen anerkannt werden. In Artikel 8 sollen die Steuerquellen grundsätzlich neu aufgeschlüsselt werden. Die direkten Steuern, besonders die Einkommen- und Körperschaftsteuern sollen den Ländern und Gemeinden zurückgegeben werden, ebenso soll die Verwaltung dieser Steuern auf die Länder übergehen. Eine neue Fassung des Artikels 18 soll die Handhabung des Ausnahmezustandes primär in die Hand der Länder legen. Reichsorgane dürfen erst dann eingreifen, wenn eine Landesregierung ihren Verpflichtungen und ihren Pflichten nicht nachkommt. Innerhalb des Begnadigungsrechts (Artikel 49) sollen Reichsamnestien sich nur auf solche Straftaten erstrecken, für die die Gerichte des Reiches zuständig sind.

Mannigfach sind dann die Vorschläge zu den Artikeln 60 bis 77 der Verfassung, die alle auf eine Verstärkung der Zuständigkeit des Reichsrates abzielen, und noch zahlreiche diejenigen, die sich auf die Verfassungsabschnitte „Bildung und Schule“ sowie „Wirtschaftsleben“ beziehen.

Die Nacht nach dem Verrat

Roman von Liam O'Flaherty

Aus dem Englischen übertragen von S. Hauser (Deutsche Rechte bei Ch. Knauer Nachf. Verlag, Berlin W. 50.)

31] Eine heisere Männerstimme sagte: „Wozu einen Augenblick Zeit, sag mir, was das ist.“

Man hörte Schreien und Klagen.

„Niemand anders sagte: „Wohin ich hier.““

Dann wurde der Riegel weggehoben und die Klänge vorläufig niedergedrückt. Die Tür öffnete sich langsam um einige Zoll.

„Gepöbel beobachtete diese Vorgänge nervös und ängstlich.“

Schließlich sagte er: „Was, los! Was sollen diese Zensurtricks? Warum sperrst du die Tür nicht auf und gehst mit deiner Freie aus dem Weg?“

Schnell wie eine Kugel schlüpfte ein Mann aus der Tür.

Mit dem Rücken gegen die Tür und der Hand über die angeschlagenen Tadelstange hielt er sich Gepöbel entgegen. Er war mit der Achsel herausgestreckt, Gepöbel mit dem Totschläger, den er bei sich trug, zu verbleiben, aber als er sah, mit welcher einem Kunden er es zu tun hatte, jank ihm kein Sinn herunter.

Gepöbel karzte den Karl böse an. Während fauchte er: „Also du bist der Rube.“ Ein kurzes Gähnen, dann schloß seine rechte Hand vor und packte den Fächer an der Gurgel. Der jankte.

Seine rechte Hand ließ den Totschläger fallen und mit beiden Händen griff er nach oben, um die Eisenpranke, die seinen Hals umklammerte, lassen zu können. Er fauchte: „Daß mich los.“

Aber Gepöbel schubte ihn verächtlich von der Tür weg, so daß er im Dunkel des Flurs der Gänge lang hinrutschte. Mit einem Stoß seiner Schulter ließ Gepöbel die Tür weit aufklappen und starrte, mit den Augen winternd, in das Innere.

Es war sehr groß und voller Leute. Der Fußboden war aus Stein, auf einem großen offenen Feuerplatz brannte auf einem mächtigen Kofel ein dampfendes Kessel an den Seiten ein riesiges Tofffeuer. Eine Antenne war beladen mit blühenden Pfeffer Geschir in allen Farben. Die Zimmerdecke war weiß gelackelt und hoch. Die Wände waren mit Bildern bedeckt, obigen Darstellungen von Frauen in allen Stadien der Entblößung, darauf berechnet, bei den männlichen Beschauern Mitleid zu wecken. Alles im Zimmer war außerordentlich sauber, die Luft aber warm

und die von der intensiven Glut des Feuers, dem aus Parfüm und Alkohol gemischten Dunst.

Dieser schwere, weiche Geruch steigerte Gypos Erregung. Mit rollenden Augen blickte er im Zimmer umher, durch die geblähten Klappen schwer atmend. Alle sahen ihn an. Es waren acht Männer da: drei Studenten von der Universität, ein Künstler, ein Arzt und drei junge Landwirte, die in die Stadt gekommen waren, um zu lumpen. Sie hatten das Bordell für die Nacht gemietet und der Besitzerin verboten, irgend jemand hereinzulassen; aber dennoch nahmen sie keinen Anstoß an Gypos Erdröten.

Zu diesem Augenblick waren sie in jenem köstlichen Stadium von Leidenschaft, in dem selbst die merkwürdigsten Ereignisse den durch Alkohol und die Aussicht auf sinnliche Genüsse benetzten Gemütern natürlich und willkommen erscheinen. Das Handgemenge vor der Tür und Gypos Auftreten machte auf sie keinen Eindruck. Seine riesengroße und mollige Erscheinung in dem alizen, blauen Zeug, mit dem kleinen, runden Hut aus dem massiven Schweiß, löste ihnen das Gefühl ein, daß er eine neue Art Amüsement bedeute und zu ihrer weiteren Unterhaltung zu dienen bestimmt sei. Halb lachend, halb ernsthaft sahen sie ihn an, mit jenem trägen, fernem Blick, den die Augen in den Anfangsstadien der Betranntheit haben.

Die Frauen sahen Gypos scharf an. Es waren zehn anwesend. Einige von ihnen waren fast nackt und mehr oder weniger betrunken. Mit Gläsern in den Händen und Zigaretten im Mund saßen sie auf den Knien der Männer. Andere saßen feierlich auf ihren Stühlen, vollständig angezogen, als ob sie irgendwomohin unterwegs wären und von der Straße kommend hier nur für eine kurze Weile heringekehrt hätten. Ihre harten Gesichter verfinsterten sich, als sie Gypos sahen. Er war wie ein Arbeiter gekleidet, also wohl ohne Geld; dies aber war ein Bordell für „bessere Leute“; alle Weiber hier waren „Damen“.

Ihr Klassenbewußtsein wurde durch seine elende Kleidung und seine ungepflegte Erscheinung geweckt.

Nur eine der Frauen nahm keine Notiz von ihm. Mit übergeklappten Beinen saß sie, eine Zigarette zwischen den Lippen, in einer Ecke und las eine Zeitung. Sie war in einem modernen, kurzen Pelzmantel gekleidet. Gypos Augen wanderten durchs Zimmer, bis sie auf ihr halt machten. Dort blieben sie haften.

„Hinter ihm rief eine große Stimme: „Was willst du?““

Gypos drehte sich um. Die Besitzerin des Bordells stand neben der Tür. Ihre linke Hand spielte mit einem kleinen silbernen

Kreuz, das an einem schwarzen Samtband von ihrem Hals herabhängte. Mit der rechten Hand, einer kurzen, weißen, fetten Hand, hielt sie die Tür geöffnet, als wartete sie auf Gypos Weggehen.

Um sie dann wieder zu schließen. Sie war eine kleine, dicke Frau mittleren Alters mit pechschwarzen Haaren, die turmartig zu einer riesigen Fritze aufgebaut, hinter dem Knoten von einem schwarzen, blühenden Kamm gehalten wurden. Ihr Haar war der letzte Rest ihrer Schönheit. Im übrigen war ihr Gesicht durch die widerwärtige Natur ihres Gewerbes grob geworden; es war fleckig, runzlig und blaß. Ihre gelben Augen waren hart, eingesenken und blutunterlaufen, ihr Mund zusammengezogen, als ob ein ungeschickter Gelehrter versucht hätte, die Lippen zusammenzunähen und seine Arbeit verpackt hätte. Sie trug einen blauen Rock und eine weiße Bluse. Die Blusenärmel waren fast bis zu den Schultern heraufgerollt und ließen ein Paar ungeheurer fester Arme sehen. Sie wurde Tante Betty genannt und war im ganzen Bezirk bekannt wegen ihrer Verschlagenheit, ihres Geizes und einer sonderbaren Angewohnheit: sie pflegte mitten in einem Gespräch manchmal plötzlich einen gemeinen Ausdruck anzuwenden, sich an die Brüste zu fassen und mit irren Augen um sich zu harren, als ob sie Angst hätte, daß irgendein greuliches Gespenst sie verfolgte.

Gypos kannte sie nicht; denn ihr Haus war modern und wurde nur von wohlhabenden Leuten frequentiert, von Geschäftsleuten, Offizieren und Studenten, die Geld ausgeben konnten. Gypos kannte nur die billigen Bordelle, die Freudenhäuser der Revolutionäre, Verbrecher und Arbeiter. In einer anderen Nacht hätte er nicht daran gedacht, dieses Lokal zu betreten, ebensowenig wie ein Mann daran denken würde, sich im Arbeitsmittel in das Parterre eines Londoner Theaters zu setzen. Aber in dieser Nacht übertraf er sich selbst.

Er sah Tante Betty mit hängender Unterlippe anmaßend an und antwortete mit leiser Stimme: „Ich will was zu trinken.“

Nach einer Pause fügte er mit einem plötzlichen heiseren Klack hinzu: „und was sonst noch auf Lager ist.“

„Hier gibt's nichts zu trinken. Da gehst du besser wo anders hin.“ Du verkehrst deine Zeit hier, mein Lieber.“ Tante Betty sprach in großer Aufregung. Das war bei ihr immer der Fall, da sie der Versuch, die Worte korrekt auszusprechen und den gebildeten Akzent einer Dame aus guter Familie zu wahren, entsetzliche Anstrengung kostete.

(Fortsetzung folgt.)

Reichshaushaltsrechnung 1927

Von Kurt Heinig.

Genau sechs Monate nach dem Abschluß des Etatsjahres April 1927 — 31. März 1928), also am 1. Oktober ist, wie es durch einen sozialdemokratischen Antrag im Rechnungsprüfungsbericht des Reichstages verlangt worden war, der Jahresabschluß — die sogenannte Reichshaushaltsrechnung 1927 — dem Reichstag vorgelegt worden. Es muß ausgesprochen werden, daß in dieser Hinsicht die Bilanzierung nach Abschluß des Etatsjahres nicht nur ein Fortschritt stellt, sondern auch eine verwaltungsmäßige Leistung des Reichsfinanzministeriums. Es geht also: Der Reichstag wird vom Reichstage so erledigt, daß er vor Beginn des Etatsjahres fertig ist und die Haushaltsrechnung wird so vorliegt, daß sie vor Beginn der neuen Etatsberatung parlamentarisch nachgeprüft werden kann.

Vorläufig hat dieses an sich erfreulich funktionierende System nur einen großen Mangel — der Rechnungshof ist nach wie vor mit den Prüfungen und Bemerkungen der Haushaltsrechnungen des Reiches noch weit im Rückstand. Dem wird auch durch die Abschließung der Rechnung 1927 nicht abgeholfen werden!

Zur Reichshaushaltsrechnung 1927 ist vielerlei festzustellen: Der Bericht umfaßt 628 Quartseiten, er ist also viel eingehender und ausführlicher als seine Vorgänger in den früheren Jahren.

Er ist wesentlich exakter, aufschlußreicher und gegenüber dem Parlament weniger überheblich als in den früheren Jahren. Die einzelnen Etatsverwaltungen sind sichtbarlich bestrebt gewesen, der Kritik des Reichstages an ihrer Etatsgebarung vermehrt Rechnung zu tragen — zum mindesten keine Formverstöße zu begehen.

Und nicht zuletzt: Das Finanzministerium verteidigt und entschuldigt nicht mehr die Verletzungen des Etatsrechtes und die Niederlichkeiten der Etatsverwaltungen.

Ein Spaziergang durch das jetzt erfreulich klar gewordene System der Haushaltsrechnung zeigt deutlich, daß wir immer noch nicht bei der strengen Einhaltung der Reichshaushaltsrechnung völlig gelangt sind. Immer noch behalten die Verwaltungen unwürdige Ausgabenreste in ihren Kassen. Das sind Beträge, die bei übertragbaren Mitteln durch die Hausmittel früherer Jahre bewilligt, aber noch nicht ausgegeben sind. Es gibt auch gewissermaßen zwangsweise Reste, z. B. bewilligte Summen, die bei Jahresabschluss noch nicht ganz ausgegeben sind und ähnliches. Rechnet man alle „zwangsweisen“ Reste ab, dann ergibt sich immer noch eine Summe von über 214 Millionen Mark an etatsrechtlich vorläufig unkontrollierten Resten.

See- und Marine schießen bei den Etatsresten nach wie vor den Vogel ab. Bei den einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats, die für See- und Marine 61,9 Millionen Mark ausmachen, haben wir außerdem einen freien Verfügungsbetrag von 39,7 Millionen Mark! Im Jahre 1926 waren es bei dieser Etatsposition sogar 64 Millionen Mark, die als „Reste“ ausgewiesen wurden.

Bei den laufenden Ausgaben des ordentlichen Etats finden wir im gleichen Ministerium ebenfalls Restenposten als Reste. Ein Gasdruckgerät sind die Reste doppelt so groß als der Etatposten!

Beim Verkehrsministerium finden sich auch ganz merkwürdige Restenposten, die bereinigt werden müssen. Von den 2,6 Millionen Mark, die für die Beschaffung von Ausstellungen und zur Gewährung von Geldpreisen auf dem Gebiete der Luftfahrt- und Kraftfahrwesens bewilligt worden sind, hat das Ministerium 2,3 Millionen an Resten behalten; aus früheren Jahren sind aber noch 5,6 Millionen Mark vorhanden! Inzwischen soll das Geld ausgegeben worden sein, wobei zu beachten ist, daß es sich hier um Summen handelt, die das Dreifache der Etatspositionen ausmachen.

Das Auswärtige Amt beliebt seit Jahren eine andere Möglichkeit der selbständigen Etatsrevision. Es unternahm sogenannte Vorgriffe, das heißt, es gab bei übertragbaren Etatspositionen schon im voraus Teile der für das nächste Jahr in Aussicht stehenden Summen aus. Das ist bei einzelnen Etatspositionen bis zu 80 Prozent der Summen geschehen. Jetzt ist das Auswärtige Amt dazu übergegangen, die Vorgriffe früherer Jahre als überplanmäßige Ausgaben sich nachträglich vom Reichstag ohne Etatsberatung mit der Haushaltsrechnung bewilligen zu lassen.

An überplanmäßigen und außerplanmäßigen Ausgaben finden sich in der Haushaltsrechnung nach Abrechnung aller gewissermaßen „zwangsweisen“ Etatsüberschreitungen immer noch 3,3 Millionen Mark.

Bei diesen Ausgaben spielen die Summen für ein abgebranntes Offiziersheim, Arsenalkaserne und abgebrannte Scheunen eine nicht unerhebliche Rolle. Wie die Zeitungen kürzlich meldeten, hat es bei der Reichswehr auch im Etatsjahr 1928 wieder gebrannt. Man sollte die Reichswehr als Feuerwehre ausbilden. . . .

Besonders bedauerlich ist, daß diesmal bei den überplanmäßigen und außerplanmäßigen Etatsüberschreitungen zwei Minister mit der Einrichtung ihrer Wohnungen beteiligt sind. So soll das hinzukommen, wenn selbst der Finanzminister für seine eigenen Bedürfnisse den Etat überschreitet?

In die bayrischen „Belange“ führt eine außerplanmäßige Ausgabe von 2,6 Millionen Mark, die im Dezember 1923 für Sonderzahlungen an die Pfalzbeamten durch Bayern vom Reich als Vorbehalt verlangt worden sind. Es handelte sich hierbei um die Anzahlung für die das Reich bestimmungsgemäß nicht hätte Anspruch genommen werden dürfen. Aber Bayern will den Vorbehalt nicht zurückzahlen. . . .

Auf sozialdemokratischen Vorschlag ist der Rechnungsprüfungsausschuß aufgelöst und mit dem Haushaltsausschuß verbunden worden, wo er als Unterausschuß jetzt seine Arbeit wieder aufnehmen wird. Sie wird sehr günstig sein müssen im besonderen deshalb, weil der Rechnungshof mit seinen Arbeiten vorläufig noch zu weit rückständig ist. Hier muß eine Aenderung eintreten. Die Vertiefung der Rechnungsprüfung hat dahin zu führen, daß die Berechtigung der von den einzelnen Etatsverwaltungen angeforderten Summen an der Hand der Ausgabenpraxis nachgeprüft wird. Im besonderen müssen in Zukunft alle die einzelnen Etatspositionen, die mehr als eine Million Mark ausmachen, vor der Bewilligung gründlich zergliedert werden. Es ist überflüssig, daß nachgeprüft wird, ob in einer Kasse die

Scheuerfrau bei zwei Ueberstunden einen zu hohen Zuschlag bezahlt bekommen hat, es ist aber nicht überflüssig, nachzuprüfen, ob die Reichsmarine ihre Kohleneinkäufe kaufmännisch durchführt.

Die technische Exaktheit des Haushalts ist erreicht. Jetzt kommt es auf die Durchbringung des Etats mit dem Willen der Volksvertretung an.

Gewerkschaftsbewegung Steiniger Boden

Gewerkschaften und Gastwirtsangestellte

Während des Lebens durchströmt seit der Depressionsperiode der Massenarbeitslosigkeit die freie Gewerkschaftsbewegung. Wie aus den Geschäftsberichten der Verbände hervorgeht, über alle Aufstiege der Mitgliederzahl. Von den achtunddreißig dem ADGB angehörenden Verbänden haben vor allem die zehn großen Gewerkschaften, von denen jede mehr als 100 000 Mitglieder zählt, von Vierteljahr zu Vierteljahr ihren Bestand vergrößern können. Vergleich man den Mitgliederbestand der Gewerkschaften mit der Zahl der Beschäftigten nach der Verzeichnungsliste von 1925, dann zeigt sich ein unaufhaltsames Anwachsen der Zahl der Organisierten im Verhältnis zu den Unorganisierten. Dieser Fortschritt darf jedoch nicht blind machen. Es gibt in der Organisationsfrage auch dunkle Punkte. Noch sehr viel steiniger Boden ist zu beackern. Solch steiniger Boden ist zum Beispiel das Organisationsgebiet des Zentralverbandes der Hotels, Restaurant- und Caféangestellten. Nach der letzten Verzeichnungsliste sind in den einschlägigen Betrieben rund 225 000 Beschäftigte vorhanden gewesen; darunter rund 177 000 weibliche Arbeitskräfte. Welchen Stand die Organisation in ihrem Rekrutierungsgebiet hat, geht aus den Mitgliederzahlen ihres letzten Geschäftsberichtes hervor. Danach waren 18 643 männliche und 6 440 weibliche, also rund 25 000 Arbeitskräfte organisiert. Davon entfallen auf Berlin 5858 und auf Hamburg 2293 — beides Großstädte mit außerordentlich zahlreichen und großen Etablissements neben vielen reinen Gastwirtschaften.

Die im Hotels, Restaurant- und Caféangewerbe Beschäftigten fristen noch vielfach ihr Leben unter vorläufigen Lohn- und Arbeitsbedingungen. Arbeitszeiten von zwölf und mehr Stunden sind nicht selten. Hier ist also noch sehr viel zu tun. Der Zentralverband ist wohl in ständiger Aufregung begriffen, aber er kann keine Aufgabe zum Nutzen seiner Mitglieder nur lösen, wenn es ihm gelingt, einen nennenswerten Prozentsatz seiner Berufsangehörigen zu organisieren. Daran haben auch alle übrigen Gewerkschaften ein sehr großes Interesse. Die Mitglieder aller Gewerkschaften müssen daher die Organisationsarbeit des Zentralverbandes der Hotels, Restaurant- und Caféangestellten mehr als bisher unterstützen. Jeder freigeordnete Arbeiter, Angestellter und Beamte hat dazu die Möglichkeit. Die organisierten Arbeitnehmer sollten mehr als bisher Gewicht darauf legen, nur in solchen Lokalen und Etablissements zu verkehren, in denen die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten erträglich geregelt sind. Wodurch sind die Gewerkschaften groß geworden? Durch die Kleinarbeit der Kleinen.

Entlassungen bei der Reichswehr

In den Betrieben des Reichswehrministeriums werden fortgesetzt Arbeiter entlassen. Als Grund für diese Entlassungen wird regelmäßig Geldmangel angegeben. Sonderbar beachtet es, daß sich dieser Geldmangel in einem Ministerium, dessen jährlicher Etat etwa 700 Millionen aufweist, fast immer nur bei den vom Reichswehrministerium beschäftigten Lohnempfängern, das heißt, bei den armen Teufeln auswirkt! Noch nie hat man etwas davon gehört, daß ein General wegen Geldmangel abgebaut wurde oder daß eine Anzahl reitender Kavallerie Reiter wegen Geldmangel nicht angekauft werden konnten. Besonders bedauerlich ist, daß infolge der Etatsausstellung im Reichswehrministerium niemand in der Lage ist, den Dingen auf den Grund zu gehen.

Divisionsstab oder Wehrkreisverwaltungen, da mit das Geld nach ihrem Belieben verteilt, sind in erster Linie für die Arbeiterentlassungen verantwortlich zu machen. Wie verheerend dabei vorgegangen wird, zeigt sich überaus drastisch an einer vor einigen Tagen beim Reiter-Regiment 7 in Breslau vorgenommenen Kündigung. Die Dienststelle betraf sich bei der Kündigung darauf, daß das Regiment in diesem Jahre vom Wehrkreisverwaltungsamt nur 3500 Mark erhalten habe. Das Kavallerie-Regiment 8 hat für dieselben Zwecke 8000 Mark und das Infanterie-Regiment 7 7000 Mark bekommen. Auf dem Frontübungsplatz Klausdorf wurde sechsen acht Leuten ebenfalls wegen Mangel an Mitteln gekündigt.

Die Entlassungen werden bei den Organisationen wie eine Verhöhnung empfunden, da erst vor wenigen Tagen die Vertreter des Reichswehrministeriums den Organisationen gegenüber erklärt haben, es würden nunmehr mit Rücksicht auf die neu eingeführte Ruhelohntabelle für die Reichsarbeiter die Dienststellen darauf hingewiesen, für eine möglichst ständige Beschäftigung ihrer Arbeiter Sorge zu tragen.

Damit die Entlassungen möglichst ungehindert vor sich gehen können, hat man im Reich des Reichswehrministeriums auf raffinierte Art und nach dem Versuch gemacht, den Arbeitern auf rassistische Art die Wahl eines Betriebsrates unmöglich zu machen, um dadurch bei Entlassungen Einspruchsmöglichkeiten auf Grund des § 84 des Betriebsrätegesetzes von vornherein zu beseitigen. Charakteristisch hierfür ist ein Vorgang im Infanterie-Regiment 4 in Kolberg. Dort werden circa fünfzig Arbeiter beschäftigt. Die Voraussetzungen für die Wahl eines Betriebsrates wären also ohne weiteres gegeben. Man erklärt deshalb, siebzehn der Arbeiter seien vom Regiment eingestellt, drei vom Kreisverwaltungsamt, sechzehn Frauen von der Küchenverwaltung und neunzehn vom Bataillonskommandeur. Man hat also aus dem Regiment vier verschiedene Betriebe gemacht, und da infolgedessen in keinem dieser Betriebe die Zahl von zwanzig Arbeitnehmern erreicht ist, erhalten die Leute keinen Betriebsrat, sondern nur einen Betriebsratsmann.

Warum lassen sich die Arbeiter derartige Dinge gefallen? Die Antwort lautet: Wer dagegen Stellung nimmt, läuft Gefahr, bei der nächsten Gelegenheit als erster auf die Straße zu fliegen. An den Reichswehrminister muß deshalb die Frage gerichtet werden, was er zu tun gedenkt, um diese skandalösen Vorgänge für die Zukunft unmöglich zu machen.

Die Lehrlingszucht im Bäckereigewerbe

nimmt immer mehr überhand. Das geht am besten aus den statistischen Erhebungen des Zentralverbandes deutscher Bäckerinnungen, der größten Handwerkerorganisation, selbst hervor. Von 104 048 nach der amtlichen gewerblichen Betriebszählung des Jahres 1925 ermittelten Betrieben gehören der Innungsorganisation 91 489 Betriebsunternehmer in 1639 Innungen an, also 87,9 Prozent aller im Reich vorhandenen Bäckereibetriebe. Während vor 2 Jahren auf je 100 beschäftigte Gehilfen 66,2 Lehrlinge entfielen, beträgt nunmehr die Zahl der beschäftigten Lehrlinge 81,2. Im Jahre 1914 wurden erst 35 647 Lehrlinge in den Innungsbetrieben ermittelt, heute beträgt die Zahl der Lehrlinge in den Innungsbetrieben 58 849. Die Folge der Lehrlingszucht ist eine starke Betriebsverzweigung. Ohne jede Gehilfenkraft arbeiten 20 566 Betriebe, mit nur einem Lehrling 13 336, mit nur 2 Lehrlingen

3094 Betriebe. Der Zwergbetrieb nimmt im Gewerbe eine überraschende Stellung ein. Trotz der Ueberfüllung des Gewerbes mit Lehrlingen versuchen die Arbeitgeber, eine Verlängerung der Lehrzeit auf 4 Jahre durchzusetzen, und die Landesverordnungen über Einschränkung von Lehrlingen zu befehlen. Wird den Wünschen der Bäckermeister stattgegeben, dann muß die Zahl der beschäftigten Gehilfen noch weiter sinken. Die Folge davon würde eine noch stärkere Steigerung der Zahl der arbeitslosen Bäckergehilfen sein, die heute bereits weit über dem Durchschnitt der übrigen Berufsgruppen steht.

Die Feststellungen der Unternehmerorganisation haben also dem Gesetzgeber und den Landesbehörden selbst den Beweis erbracht, daß den Wünschen der Bäckermeister unter keinen Umständen stattgegeben werden darf.

Die Forderungen der englischen Gewerkschaften

Der Vollzugsrat der englischen Bergarbeitergewerkschaft hatte Freitag im Bergbauministerium eine Aussprache mit dem Sekretär des Arbeitsministers. Die Wünsche der Gewerkschaften laufen im wesentlichen auf fünf Forderungen hinaus:

1. Wiederherstellung des Achtstundentages.
2. Sicherstellung aller Bergarbeiter über 60 Jahre durch bestimmte Abgaben auf jede geförderte Tonne Kohle und Staatszuschüssen.
3. Ausschluß von Personen unter 16 Jahren.
4. Verpflanzung arbeitsloser Bergarbeiter aus den leidenden Bezirken in andere Gebiete.
5. Schärfe gesetzlicher Beschränkungen für die Aufnahme von Arbeitern aus anderen Industrien in den Bergbau.

Der Vertreter des Arbeitsministers wies in seiner Erwiderung auf die Vorstellungen der Gewerkschaftsvertreter darauf hin, daß die Regierung die Notwendigkeit des nationalen Zusammenschlusses erkenne und sie fördere. Die Zeit für internationale Abkommen sei noch nicht gekommen, so lange Hoffnungen beständen, die ausländischen Märkte in größerem Umfang als bisher für die britischen Bergbauerzeugnisse zurückzugewinnen. Die Wiedereinführung des Achtstundentages müsse die Regierung ablehnen. Dagegen verspreche sie sich günstige Wirkungen von den Fortschritten der wissenschaftlichen Arbeiten für die Ausnutzung der Kohle.

Der Achtstundentag in den ostoberschlesischen Hütten

soll auf Grund der schon vor längerer Zeit von uns mitgeteilten Verordnung des Warschauer Arbeitsministers bekanntlich etappenweise durchgeführt werden. Bis spätestens 15. November d. J. werden alle Arbeiter in den Bafzwerken, den Appreturanstalten und allen Verfeinerungsabteilungen mit Ausnahme der Handwerker und Plakarbeiter, zum Achtstundentag übergehen, die Handwerker bis zum 13. Dezember und alle übrigen Belegschaft bis spätestens 31. Dezember d. J. ausgenommen der sogenannte Bereitschaftsdienst, wozu z. B. Feuerwehr, Chauxfou, Zuhrlente, Wächter und dergleichen nicht direkt bei der Produktion beschäftigte Personen gehören.

Tariffündigungen in der Bieliger Textil- und Metallindustrie

In der Bieliger Textil- und Metallindustrie haben die Arbeiter seiden die seit Februar in Kraft befindlichen Lohnsätze gekündigt und eine Erhöhung von 20 Prozent für Textilarbeiter bzw. von 15 Prozent für Metallarbeiter und außerdem eine einmalige Unterstützung in Höhe von 100 Zloty für verheiratete und 50 Zloty für unverheiratete Arbeiter gefordert.

Soziales Um die Erweiterung der Unfallversicherung

Der Sozialpolitische Ausschuß des Reichstages beschäftigte sich am Donnerstag mit der Vorlage zur Erweiterung der Unfallversicherung. Es handelt sich um die Ausdehnung der Versicherung auf eine Reihe von Betrieben, deren Arbeitnehmer besonders gefährdet sind, wie Feuerwehren, Krankenhäuser, Heil- und Pflegenanstalten, Theater, Kinos, Laboratorien usw. Auch die Lebensretter sollen in den Genuss der Unfallversicherung kommen. Im allgemeinen erstreckt sich der erweiterte Schutz der Unfallversicherung nur auf das technische Personal, nicht auf das Büro- und Verwaltungspersonal. Bei den Schauspielunternehmungen sind Kapellmeister, Musiker und sonstiges künstlerisches Personal, dessen Jahresarbeitsverdienst 8400 Mark übersteigt, nicht einbezogen. Das gleiche gilt für Ärzte und Medizinalpraktikanten in den Krankenhäusern, soweit es sich nicht um Ärzte in den Laboratorien und Röntgenanstalten handelt. Die Schwestern von Diakonissenhäusern, vom Roten Kreuz und Ordensschwestern sind nur dann von der Versicherung befreit, wenn sie eine lebenslängliche oder eine der reichsgesetzlichen Unfallversicherung entsprechende Versorgung haben.

Die vielfachen Ausnahmestimmungen der Vorlage wurden in der Aussprache scharf kritisiert. Abg. Frau Schröder (Soz.) verlangte von der Reichsregierung die Ueberreichung der Denkschrift über die Erweiterung der Unfallversicherung, damit man erkennen könne, ob eine Erweiterung auf alle Arbeiter, die Unfällen ausgesetzt sind, wirklich nicht möglich sei. Jedenfalls müsse der Inhalt der Denkschrift mitgeteilt werden. Der vorliegende Entwurf sei nur eine Halbschritt. Die Gast- und Schankwirtschaftsangehörigen sowie die Hausangestellten seien nicht einbezogen. Innerhalb der erfaßten Betriebe schaffe man ganz unverständliche Ausnahmen; für die Schauspieler, die verunglückten, sei es zum Beispiel gleich schlimm, ob sie ein hohes oder niedriges Gehalt beziehen. Gegen die Einkommensgrenze der Einkommensgrenze, von der die bisherige Unfallversicherung frei gewesen sei, müsse Front gemacht werden. Warum wolle man die Musiker ausschließen? Warum die Ärzte? Der Rostenentwurf sei eine Unzulänglichkeit und bedeute deshalb praktisch nur eine Erhöhung der Durchlässigkeit und Anwendung der Versicherung. — Weiterberatung Freitag.

Nur Akademiker

Praktisches Können ist nichts — sagt ein sächsischer Ministerialrat

Eine seltsame Entdeckung, wonach sich nur Akademiker für die Tätigkeit an Gefangenenanstalten und in der Fürsorge eignen, hat der Dezerent des Strafvollzugs in Sachsen, Ministerialrat Dr. Starke gemacht. Auf der vor kurzem in Dresden stattgefundenen Tagung der Kriminalbiologischen Gesellschaft erklärte Dr. Starke in seinem Vortrag „Kriminalbiologische und Beamtenausbildung“ wörtlich: „Nicht der Fleiß und Wille oder das praktische Können der Beamten genügt uns — nein, nur Akademiker sind in der Lage, an Gefangenenanstalten und in der Fürsorge tätig zu sein.“

Die Allgemeinheit steht in überwiegender Mehrheit auf Seiten derer, die meinen, daß nicht allein die aus der Akademikerausbildung kommenden Beamten in der Lage sind, Leistungen zu vollbringen, die sich sehen lassen können. Schulwissen kann für die Arbeit eines Beamten vor allem dort nicht ausschlaggebend sein, wo, wie bei der Fürsorge und bei den Gefangenenanstalten besonders, Menschenkenntnis und Erfahrung als die unerlässlichen Vorbedingungen für die Erfüllung dienstlicher Pflichten gelten müssen.



- 1
- 2
- 3
- 4

Die erste
Offensive

das wichtigste
Werkzeug des
Volkes

Lehrbuch
des Volkes für den Arbeiter

das wichtigste
Werkzeug des **Proletariats**
zur Erringung der sozialistischen
Revolution in der

VOIKSWACHT

Breslauer Nachrichten

Breslau, den 12. November 1928.

Kraut und Rüben

Unsere winterliche Gemüsenahrung

Selbst unsere alltäglichen Wintergemüse, die verschiedenen Kohlsorten und die einzelnen Rübenarten, die vom Winter bis in den Frühherbst hinein auf unserem Tische vorherrschen, bieten allerlei Wissenswertes.

Die Betrachtung vom naturwissenschaftlichen Standpunkt bringt für den Laien zunächst einmal die überraschende Tatsache, daß die meisten unserer Kohl- und Rübenarten botanisch gar nicht miteinander verwandt sind. Durch teilweise schon alte Kultur sind aus einer wildwachsenden Grundpflanze, die wir noch heute an unserer Meeresküste antreffen, ganz verschiedene Gemüsepflanzen wie Weißkohl, Blumenkohl, Kohlrabi und die gewöhnliche Rübe gezüchtet worden. Die Gattung, zu der die gewöhnliche Rübe gehört, ist von den Botanikern "Brassica" genannt worden und gehört zu der großen Pflanzenfamilie der Kreuzblütler.

Zu den aus der Artspitze Brassica oleracea hervorgegangenen Kohlsorten rechnet man zunächst den Blattkohl, der je nach seiner Schattierung Braun- oder Grünkohl genannt wird. Ihm nahe steht der Rosenkohl, der 30 bis 60 Zentimeter hoch wird und an einzelnen Stielen kleine Rosetten von fleischigen Blättern trägt. — Die Kopfkohlsorten haben den dicken strunkartigen Stengel herum starkrippige fleischige Blätter. Von ihnen kommt der Wirsing- oder Weißkohl in einer offenen und einer geschlossenen Form vor, während der bekannteste, der Weißkohl, auch einfach Kraut oder Kappes genannt, möglichst fest geschlossen gezeichnet wird. Ihm am nächsten verwandt ist der Rotkohl. So nach seiner weinroten Farbe genannt. Beim Blumenkohl oder Karfiol stehen die zahlreichen fleischigen Köpfe von verwachsenen Blüthen. Der Kohlrabi oder Oberröhrlabi hat den bei der Stammpflanze dünnen Stumpf in eine aus der Erde teilweise herausragende weiß, gelblich oder blau gefärbte Kugel verwandelt.

Die in dieselbe Sippe gehörende Kohlrübe, die auch die römische Rote oder Unterkohlrabi trägt, wird in mehreren Abarten gezeichnet und hat weißliches oder gelbes Fleisch. Sie ist verwandt dem Naps und dem Nüßchen, aus welchen beiden das Nüßchen gewonnen wird. Die Weiße oder Speiserübe wird ebenfalls in einigen Varietäten gezeichnet, von denen die vor den anderen vorzuziehende Zeltower Rübe sich durch den besten Ruf auszeichnet. Sie sind alle durch einen Gehalt an ätherischen Ölen ausgezeichnet, die ihnen den pikanten Geschmack verleihen. Interessant ist es nebenbei, daß in die Gattung Brassica auch unser Senf, der Rettich, das Radisheschen, die Brunnenkresse und der Meerrettich gehören.

Eine andere große Pflanzenfamilie, die den schönen Namen Ebenenwurzler trägt, liefert in ihrer Gattung "Beta" ebenfalls wichtige Gemüse für unsere Küche. Neben dem Spinat, der in mehreren Sorten vom Frühherbst bis in den Winter hinein ein wertvolles Gemüse abgibt, und dem Mangold, der als Salat sowie als Gemüsegerichte Verwendung findet, erscheint die rote Rübe mit ihrem zarten purpurrotem Fleisch auf dem Markt. Verwandt ist mit ihr die nur zu Futterzwecken dienende Runkelrübe und die industriell wichtige Zuckerrübe.

Unsere Mohrrübe, auch einfach Gelbe Rübe genannt, gehört wieder in eine andere botanische Familie, die der Umbelliferae zugehört, von denen sie die Gattung "Daucus" bildet. Sie wird ebenfalls in den verschiedensten Sorten kultiviert. Am beliebtesten ist von ihr die Karotte, die kurz und unter rundlich ist und in ein feines Wurzelfädchen ausläuft.

Heute unter Studenten gegen den Kultusminister

Am Freitag sind am Eingang der Universität Flugblätter verteilt worden, die eine offensichtliche Beleidigung des jetzigen preussischen Kultusministers Prof. Beder enthalten. Es werden Bände aus einer Rede angeführt, die von ihm im Jahre 1916 in Bonn gehalten wurde, und diese in einer Weise ausprücheln, die ihm aus den Jahren 1926-1928 gegenübergestellt, daß eine solche Beleidigung aus der Form der Behauptung und Verbreitung und aus den Umständen, unter welchen sie geschah, hervorgeht. Das ist aber nach § 192 in Verbindung mit § 186 unseres Strafgesetzbuches auf Antrag hin strafrechtlich zu verfolgen. Der § 192 nämlich schließt die Bestrafung nicht aus, wenn selbst die Wahrheit der behaupteten oder verbreiteten Tatsachen bewiesen ist. Es ist sehr auffällig, daß in diesem Flugblatt ein Zitat von Beder steht, das ein deutschnationaler Abgeordneter im preussischen Landtag in der Donnerstagssitzung dem Minister vorgelesen hat. Es erhellt daraus die Tatsache, daß deutschnationale Drahtzieher eine planmäßige Aktion gegen den Minister unternommen und diese sogar auf die Universität ausdehnen. In der Donnerstag-Ausgabe der "Schlesischen Zeitung" wird mit großem Geschrei gegen die Politisierung der Schule gewettert, dem Minister vorgeworfen, daß er sozialistische Schülerveranstaltungen duldet, im Landtag unternimmt man eine Kampagne, am gleichen Tage verteilen Angehörige nationaler Kreise Flugblätter an der Hochschule, von der dieselben Leute verlangen, daß sie frei von Politik bleibe. Die demagogische Art dieser Feinde der Republik ist bekannt. Wir dürfen aber auch nicht vergessen, daß die Hochburg der Nationalisten unsere Hochschule ist, wo man die "Führer" des Volkes zu Volk- und Staatsfeinden erzieht.

Zweites Konzert des Volkshors und des Arbeiter-Bildungsausschusses

Am Mittwoch, den 14. November, abends 20 Uhr, findet im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Margaretenstraße 17, das zweite Konzert des Volkshors Breslau und des Arbeiterbildungsausschusses statt. Es ist der erste

Franz-Schubert-Abend

Auf dem Programm stehen Männerchöre, Frauenchöre, Gemischte Chöre. Von den zur Aufführung gelangenden Chorwerken des großen Komponisten, dessen Tod sich am 19. November zum 100. Male jährt, seien folgende genannt: "Hymne an den Unendlichen", "Jägerchor und Hirtenchor aus dem Drama 'Rosamunde'", "Im Gegenwärtigen Vergangenes" und "Mirjams Siegesgesang". Außerdem stehen eine Reihe von Viedervorträgen durch Solisten auf dem Programm. Als Solisten wirken mit: Charlotte Dietrich (Sopran), Elise Beth Böhm (Alt). Thea Geisler begleitet die Chöre und Solisten auf dem Klavier.

Ein aufregendes Familiendrama

Spiegelte sich am Sonntagabend mittig im Hause Köpckestraße 11 ab, wo der 39-jährige Kaufmann Otto Boruschein seine 23-jährige Tochter zu erdroffeln versuchte, und sich nach dieser Tat mit Gas vergiftete. Boruschein, der früher Oberpostsekretär war und wegen einiger Verfehlungen aus dem Dienst entlassen worden war, hatte sich in genanntem Hause ein kleines Geschäft eingerichtet, das aber sehr schlecht ging, so daß seine Ehefrau mitarbeiten mußte. Die 23-jährige Ehe, die seit etwa zehn Jahren zerrütet ist und die wirtschaftlichen Schwierigkeiten ließen den Mann auf den Gedanken kommen, mit dem Leben Schluss zu machen. Er wollte aber seine 23-jährige Tochter nicht zurücklassen. Am Sonntagabend mittig entschloß sich Boruschein zur Ausführung der Tat. Er begab sich in das an den Laden angrenzende Schlafzimmer, wo die Tochter wegen einer leichten Erkrankung zu Bett lag. Mehrmals schreute er vor der Tat zurück, bis er schließlich doch ein großes buntes Taschentuch zusammenredete, dem Kinde um den Hals legte und so fest zusammenzog, daß ein Zipfel abriß. Dem Kinde schloß ein Blutstrom aus dem Mund und der Nase, so daß der Vater abließ, weil er glaubte, das Kind erdroffelt zu haben. Am nächsten Augenblick wollte er in die Küche stürmen, die ebenfalls vom Laden zugänglich ist, um sich selbst mit Gas zu vergiften. In diesem Augenblick kam die Ehefrau, die als Propagandistin einer hiesigen Firma tätig und den ganzen Tag über von zu Hause abwesend ist, wieder erwarten in den Laden, da sie in der Nähe zu tun hatte und schnell einmal nach dem Rechten sehen wollte. Der Gatte verzweifte ihr den Zutritt zu dem Schlafzimmer und es kam zu einem Handgemenge zwischen den Eheleuten. Bei dem Ringen kamen sie ins Schlafzimmer, wo die Frau das blutüberströmte Kind auf dem Bett liegen sah. Sie vermochte sich loszureißen, obwohl sie ihr Mann auf ein Chaise-longue geworfen hatte und würgte. Sie lief auf die Straße, schrie laut um Hilfe und alsbald kamen einige von Straßenpassanten herbeigeholte Polizeibeamte, die den Mann festnahmen. Das Kind war glücklicherweise nicht tot, sondern kam alsbald wieder zu sich. Bei der Vernehmung gab die Ehefrau an, daß sie der Mann ebenfalls mit einem Hanfstrick erdroffeln wollte, während einer Schlinge verwehener Strick wurde jedoch vorgefunden. Das Kind sollte in nächster Zeit zu den Schwiegereltern des Mannes kommen, da er das Schulgeld nicht aufbringen konnte. Diese Tatsache scheint ihn hauptsächlich zu der Tat veranlaßt zu haben. Bei seiner Vernehmung ist er zusammengebrochen.

Aktion, Parteigenossen!

Schickt eure Kinder heute, nachmittags 6 Uhr, in die Aula der Viktoriaschule, Blücherstraße, zur

Feierstunde der Arbeiterkinderfreunde

Anschließend ist ein Fackelzug vorgesehen. Eintrittsgeld und Fackelgeld 20 Pf.

Aktion, Jungen und Mädels!

Auf zu der Feierstunde, die heute nachmittags 6 Uhr, in der Aula der Viktoriaschule, Blücherstraße, stattfindet. Ein anschließender Fackelzug, der sich mit Musikklängen durch die Dölsnerstraße, Weinstraße, Seehundweg, Brigittenal, Freiheitsstraße nach dem Gewerkschaftshaus bewegt, soll unseren Eltern bekennen, daß wir mit ihnen gemeinsam für eine lebensfreudige, sozialistische Gesellschaft streiten. Kein Junge und Mädchen soll deshalb fehlen. 20 Pf. für Eintritt und Fackel sind mitzubringen. Folgende Treffpunkte in den Stadtteilen:

- Gruppe 1: Ohlawertor, 5 Uhr, Wehstaplag.
Gruppe 2: Scheitnig, 5 Uhr, Krausebad, Tiergartenstraße.
Gruppe 3: Dörsort, 5,30 Uhr, Wasserlooplag.
Gruppe 4: Nikolaitor, 5 Uhr, Wehstaplag.
Gruppe 5: Gräßchen, 5 Uhr, Markthalle, Friedrichstraße.
Gruppe 6: Strehleiner Tor, 5 Uhr, Parade an den Leichadern.
Gruppe 7: Innere Stadt, 5,15 Uhr, Neumarkt.
Gruppe 8: Zimpel, 5 Uhr, Zimpeler Schule.

Wie entsteht Kunstseide?

Draußen in Cawallen, im künstlichen Breslauer Industrie-gelände, dicht an der Breitenbachstraße und mit Bahnanlauf verbunden, befindet sich die Neue Glanzstoffwerke A.G., die zurzeit etwa tausend Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt und es auf etwa dreieinhalb Tausend bringen will. Kein Fuß eines unberiebenen gelangt je hinein, denn obwohl alle Kunstseidenfabriken der Welt durch Atten- und Patenttausch mit einander verbunden sind, werden doch Patentverträge bestritten. Vor einigen Jahren versuchte es die Bergwerksgesellschaft Giesches Erben mit der Gründung dieser Kunstseidenfabrik, die schließlich zur Gründung der neuen Glanzstoffwerke mit einem Aktienkapital von 12 Millionen Mark geführt hat. Eng beteiligt sind die beiden großen Kunstseidenkonzerne, Vereinigte Glanzstoff-Fabriken A.G. und die Niederländische Kunstseidenfabrik Centa. In dem Breslauer Werke wird Kunstseidenorgan hergestellt, und zwar wird in Kürze mit 4000 Kilogramm täglich gerechnet. Nachher wird in Fabriken für Kunstseiden-Fertigfabrikate.

In den Breslauer Werken kommt das Bisloje-Verfahren zur Anwendung. Grundstoff für die Erzeugung von Kunstseide ist der Zellstoff, der aus Fichtenholz gewonnen wird. Also das selbe, wie unser Zeitungspapier. In Pappporm wird er aus Skandinavien bezogen. Die Papppfaste wird in Natronlauge aufgeweicht, dann durch Maschinen in kleine Flocken zerrieben. Durch weitere Behandlung mit Säuren und Laugen entsteht schließlich die Bisloje, eine braune harpartige Flüssigkeit, die die Eigenschaften hat, in Wasser sofort feste Form anzunehmen. Die Bisloje wird nun durch goldene Wägen mit mehr als einem Dutzend feinsten Öffnungen ins Wasser gedrückt. Unmittelbar darauf werden die so entstehenden spinnwebenförmigen Fäden zu Garnfäden zusammengedreht. Garnfäden bis zu zehn Kilometer Länge entstehen auf diese Weise. Das Garn ist von gelblicher Farbe und wird zunächst maschinell zu sogenannten Kuden zusammengewickelt. Weitere Maschinen formen daraus Stränge und nach einem Bleichverfahren ist schließlich das hellgelbende Seidengarn fertig. Die einzelnen Stränge werden noch auf Fehler genau durchgesehen und nach der Güte sortiert, hierauf sorgfältig verpackt und an die Abnehmer versandt.

Der Werdegang von der Zellulose zur Kunstseide gehört zu den interessantesten Fabrikationsvorgängen, die in Breslau zu sehen sind. Schade, daß die scharfen Konzernbestimmungen die Besichtigung des Betriebes für größere Kreise der Breslauer Arbeiterschaft unmöglich machen. Die Neuen Glanzstoffwerke stehen im Tarifverhältnis mit dem Fabrikarbeiter-Verbande.

Folgen einer Bierreise

Junge Burjchen suchen einen Straßenpassanten tot

Im Verlaufe einer Schlägerei, die sich in der Sonntagsnacht am Kaiser-Wilhelm-Denkmal abspielte, wurde der Schneidergeselle Karl Warschallik von einem an der Schlägerei beteiligten Burjchen durch einen Stich in die Lunge schwer verletzt und starb bald an den Folgen der schweren Verletzung.

Zu dieser schweren Verletzung erfahren wir noch die folgenden Einzelheiten: Die Brüder Herbert, Erwin und Walter Welsig, 22, 19 und 15 Jahre alt, Hubenstraße 18 wohnhaft, und der 16-jährige Walter Wende, Hubenstraße 98 wohnhaft, unternahmen am Sonntagabend eine Bierreise in verschiedene Lokale der inneren Stadt, wo sie zum Teil auch Starbier tranken. Gegen 23 Uhr waren sie auch in das Lokal "Korb", in der Kleinen Grobengasse 3, gekommen, und hier beschäftigte der 16-jährige Wende eine Prostituierte, so daß es zu einer Schlägerei kam. Ein im Lokal anwesender Bekannter der vier Burjchen suchte die vier betrunkenen Freunde aus dem Lokal zu bringen und begleitete sie, aber schon vor dem Generalkommando in der Schwereidwitzer Straße kam es zwischen den fünf Leuten zu einer Schlägerei, zu der sich sofort eine große Menschenmenge anstellte. Als der Wende über die Straße flüchtete und Ruhe aus der verfolgten Menge laut wurden, den Ausreißer aufzuhalten, stellte sich am Kaiser-Wilhelm-Denkmal der 31 Jahre alte Schneider Karl Marschallik dem Flüchtling in den Weg. Dieser rief den ältesten der Brüder Welsig zu Hilfe, der alsbald auf der Bildfläche erschien, mit Marschallik in ein Handgemenge kam, dabei ein Messer (einen sogenannten Rider) aus der Tasche zog und Marschallik in die linke Brustseite steckte, so daß dieser zusammenbrach. Herbeikommende Polizei holte die flüchtenden Burjchen ein, und schon bei der ersten Vernehmung konnte der 22-jährige Herbert Welsig einwandfrei als der Messerstecher ermittelt werden. Der Schwerverletzte, der noch schwache Lebenszeichen von sich gab, wurde nach der Bezirkswache und von dort in das Allerheiligen-Hospital geschafft, wo er alsbald an innerer Verblutung starb, da ihm das Messer in die Lunge eingedrungen war. Der Ersttöter ist in Breslau nicht polizeilich gemeldet.

Jugendleiter und Kinderturmwarte!

Diese Woche jugendfreie Filmvorführung in den Gewerkschaftshaus-Zihspielen. Bei geschlossenem Besuch zahlen Kinder nur 20 Pf. und jedes 11. Kind hat freien Eintritt.

Laxin führt ab, es wirkt sehr milde, versuch es, und Du bist im Bilde

Theater und Musik

Stadt-Theater

Richard Strauß: "Die ägyptische Helena" Erstaufführung

Auf ihrem Siegeszuge, den die neue Strauß-Oper "von Bühne zu Bühne" führt, hat sie auch nach Breslau gefunden, und zwar fünf Monate nach der Uraufführung. Wo sie bisher aufblühte, stellte sich ein Erfolg ein, wie er wohl kaum einem Werk des Meisters seit den Tagen des "Rosenkavaliers" beschieden war. Hat sich Strauß diesmal selbst überboten, war er in der Wahl des Stoffes besonders glücklich, fand er einen wirkungsvolleren Textverfasser, oder handelte es sich mehr oder weniger um Aufführungserfolge? Zunächst die Textvorlage. Wie kam Strauß dazu? Seine unersättliche Begabung hat sich schon wiederholt in ihrer Unabhängigkeit von Stil und Stoff gezeigt. Niemand hätte aber nach dem in huffonestem, modischen Salon dialog gehaltenen "Intermezzo" ein Abbildern nach der klassisch-griechischen Welt der bereits in der "Ariadne auf Naxos" behandelten griechischen Mythie vermutet. Strauß hat also lediglich in einen Vorhang Hugo von Hofmannsthal's, mit dem er sich von neuem zusammenfand, eingewilligt. Hofmannsthal stieß auf die dramatische immer und immer wieder ausgenutzte Trojanische Helena zurück und wollte sie in einem neuen Lichte zeigen. Seine Idee setzte dort ein, wo seine Vorgänger das Interesse für Helena, mit wenigen Ausnahmen, verloren: nach Beendigung des Trojanischen Krieges. Das durch die vorausgegangenen Begebenheiten getriebene Verhältnis zwischen Helena

und Menelaus beschäftigt ihn, und es schwebt ihm offenbar die Verpflanzung einer Art moderner Eheproblematik auf die Opernbühne als ungewöhnliche Nuance vor. Solch ein Vorhaben mußte jedoch scheitern, da er den Lauf der Dinge nicht von der logischen Situationsentwicklung aus der Anlage der Charaktere heraus, sondern vom Eingreifen übernatürlicher Mächte abhängig machte. Unter dieser Voraussetzung dürfen die Akteure so planlos handeln wie sie wollen, sie sind ja nicht zur Rechenschaft zu ziehen, da sie unter fremdem Zwang stehen. Mit dem Verlegenheitsausweg hat sich der Autor insofern eine dichterische Freiheit geschaffen, die ihm das Anhäufen von Handlung gestattet hätte. Diese Gelegenheit hat er sich entgehen lassen.

Hier der Inhalt: Wir befinden uns auf einer kleinen Insel in der Nähe Ägyptens. Die der Zauberkunst mächtige ägyptische Prinzessin Athra widmet ihrem abwesenden feuchten Geliebten, dem Meerergott Poseidon, eine schmachvolle Melodie, als die zu ihren Zaubergefällen gehörende "alleswissende Muschel" den neuesten Bericht erstattet. Sie weiß von einem Mordversuch auf hoher See, begangen an einer unvergleichlich schönen Frau, zu erzählen. Athra ahnt, daß es sich um Helena handelt, die mit Menelaus von Troja kommend, herangesegelt. Sie beschließt, rettend einzugreifen und leitet ihren wirksamen Holuspokus in Szene. Es zieht ein Orkan auf, das Schiff wird vernichtet, und alsbald erkrankt, Obdach suchend, Helena, verfolgt von ihrem mordlustigen Gatten, auf der Bildfläche. Die Gastgeberin erzählt nun, daß Menelaus seinem Weib ebenso die Kehle durchschneiden will, wie einst dem Paris, mit dem sie ihn die Treue brach. Athra erweist eine List, um den Wütenden von seinem Vorhaben abzubringen. Ihre Elfen müssen draußen kriegerischen Lärm schlagen und Menelaus hinauslocken. Im Glauben, Paris,

den Wiederauferstehenden, und Helena zu hören, stürzt er hinaus, beide zu töten. In seiner Abwesenheit arbeitet Athra an dem Betrug weiter. Sie bettet Helena in einem anschließenden Raum auf ihr Lager und redet dem von seiner vermeintlichen Schlacht zurückkommenden Menelaus mit Hilfe eines Vergessenskrautes (à la Tristan) ein, die mit ihm angekommene und nun getötete Helena wäre nur ein Trugbild gewesen, die richtige, nämlich die ägyptische, Helena warte hier seiner seit zehn Jahren. Er glaubt selbstverständlich sofort das Märchen, und es kommt zu einem allerorts bestreidenden Mißschlag. Athra hat jedoch so viel Gefallen an dem plumpen Betrugsmanöver gefunden, daß sie sich vornimmt, den leichtgläubigen Menelaus noch einen Fußzug lang an der Nase herumzuführen. Ihr Zaubermantel befördert das Ehepaar in ein Wäutenzelt am Fuße des Atlasgebirges, wo Menelaus an der Echtheit seiner Gefährtin zu zweifeln beginnt. Sie aber will von ihm geliebt, nicht nur angefaßt sein. Deshalb beabsichtigt sie, selbst auf die Gefahr hin, bei der Gelegenheit umgebracht zu werden, ihm die Erinnerung wiederzugeben. Das Vorhaben wird durch einige hier eingeschobene Szenen verzögert. Ein wollüstiger Blütenreich erhebt mit samt seinem nicht viel anders gearteten Sohn Anspruch auf Helena, was der draufgängerische Jüngling mit dem Tode büßen muß. Menelaus streckt den Negerperis nieder. Nun treiben die Ereignisse der Lösung zu. Athra erscheint und mißt auf Helens Wut, nicht ohne vorher vor den möglichen Folgen zu warnen. Den Erinnerungs-trunk, der Menelaus nun den gesamten, an ihm verübten Betrug erkennen läßt. Er stürzt sich jedoch nicht, wie man erwartet, mit dem Dolch auf Helena, sondern nimmt sie, von neuem in Liebe

*) Legibuch und Klavierauszug bei Adolf Fürstner, Berlin.

KIPKE-BIER seit 1844

1100

„Von der Straße zum Antiseptiker“

Am 5. November sprach Redakteur Genosse Scheriner in Berlin vor den Beamten unserer Partei über dieses Thema. Er behandelte unter dieser Überschrift die Stellung unserer Partei zum völkischen Antisemitismus. Ein reiches Tatsachenmaterial aus der Politik wies den Antisemitismus als Ablenkungsmanöver der Völkischen und Deutschnationalen nach. Der Antisemitismus ist der „Sozialismus der Dummen“. Der Klassenbewußte Sozialdemokrat dagegen weiß, daß der Jude im Kapitalismus zwangsläufig zum Ausbeuter wird, daß aber auch der christliche Unternehmer denselben Gesetzen des Kapitalismus unterliegt. Nicht die besondere Veranlagung einer Rasse treibt zur Ausbeutung, sondern die Wirtschaftsjahre, eben der Kapitalismus. In Polen und Rußland z. B. gehören die Juden nicht zur Klasse der Kapitalisten, sondern sind einfache, harmlose lebende Handwerker. Das von den Völkischen und Deutschnationalen in den politischen Kampf geworfene Schlagwort von der „Judenrepublik“ wird durch Betrachtung der deutschen Regierungen seit der Revolution in Bezug auf jüdische Minister ad absurdum geführt. Nicht die Juden sind gemein, sondern die Republik. Das müßte eigentlich jeder kritische Völkischer begreifen, wie es der kluge Sozialdemokrat schon lange begriffen hat.

Auch die Stützung des Antisemitismus durch die „Wissenschaft“ wurde von Genossen Scheriner als eine höchst lächerliche Stützung durch interessante Beispiele nachgewiesen. Der Marxismus, den die Arbeiterwissenschaft der Völkischen und Deutschnationalen als „jüdischen Marxismus“ in Verurteilung bringen will, ist nicht ein vom Juden Marx erfundenes Lehrgebäude, sondern die wissenschaftliche Kritik des Gesellschaftsvertrages, eine Kritik, die turnhoch über den abgesehenen, wissenschaftlich sein wollenden Allüren des Antisemitismus steht.

An der Aussprache beteiligten sich die Genossen Gabriel, Goldschmidt, Ritzsche und Tisch. Lebhaft wurde bedauert, daß einen so hochwertigen Vortrag nur die Beamten der Partei gehört haben. Nach 3 1/2 stündiger Sitzung erst konnte Genosse Tisch mit Dank an den Vortragenden den befehlenden Abend schließen. M. F.

Breslauer Großverkaufstage

Die Ortsgruppe Breslau des Bundes deutscher Schaufensterdekorateure veranstaltet am Montag, den 19. November, nachmittags 5 Uhr, im großen Saal des Kaufmannshaus, Breslau, Schatzstraße 50/51, einen Vortragsabend, der das besondere Interesse der Einzelhändler Breslaus und namentlich der Provinz haben dürfte.

Der 1. Vortragende, Herr Willi Giller, hält einen Lichtbildvortrag „Schaufensterkunst der Neuzeit“. Durch Herrn R. Cichon werden in einem Vortrage „Das Stadtleben“, neueste Phantasien für das Schaufenster, am lebenden Modell vorgeführt werden. Die Stoffe hierzu stellt die Firma D. Schlegel jr. zur Verfügung. Endlich werden Schaufenstereperimente, Entwürfe und Photographien zur Ausstellung gelangen.

Eintrittskarten zu 1 Mark sind im Büro der Messe- und Ausstellungsgesellschaft, Breslau, Elisabethstraße 6, und an der Abendkasse im Kaufmannshaus zu haben. Vorbestellungen werden schon jetzt entgegengenommen.

Kein Heim ohne Fernsprecher

Die Deutsche Reichspost rechnet wegen der am 1. Januar eintretenden Ergründung der Fernsprechgebühren mit einem starken Zugang neuer Anschlüsse. Sie macht in ihrem Amtsblatt bekannt, daß Anmeldungen auf Neuanträge zum 1. Januar schon jetzt entgegengenommen werden. Der Fernsprecher ist ein stets bereiteter Diener und ein gutes Heilmittel gegen die Einsamkeit. Wer einen Fernsprecher besitzt, kann zu jeder Zeit, wie es ihm beliebt, mit seinen Freunden und Bekannten in Gedankenaustausch treten. Droht Gefahr, ist ein Unfall oder Krankheit eingetreten, so kann er rasch die Polizei, die Feuermehr, den Arzt am Fernsprecher rufen und sicher sein, daß in wenigen Minuten Hilfe zur Stelle ist. Ueber den eigenen Ort hinaus werden Gesprächsverbindungen mit jedem anderen Orte in Deutschland, mit den meisten außerdeutschen Orten in Europa und sogar in Amerika binnen kürzester Zeit hergestellt. Solange der Fernsprecher im Hause fehlt, ist das Heim nicht vollkommen.

Falsche Zwei- und Fünfmark-Stücke

Ende vorigen Jahres und Anfang dieses Jahres waren viele falsche Zwei- und Fünfmark-Stücke im Umlauf. Wie es alle Geldmünzen machen, war es auch hier geschehen. In kleinen Geschäften wurde eine Kleinigkeit gekauft und das falsche Geldstück zum Wechseln gegeben. Als einer, der falsches Geld ausgab, wurde im April d. J. der 39 Jahre alte Kaufmann Heinrich Kröll verhaftet. Bei ihm fand man noch mehrere falsche Fünfmark- und Zweimark-Stücke. Er bekennt die Falschmünze selbst hergestellt zu haben und erzielte ein Märchen, daß er an einer Bedürfnisanstalt an der Liebichshöhe ein Portemonnaie mit 30 Zweimark-Stücken und 20 Fünfmark-Stücken gefunden habe. Er habe das Geld ausgegeben, ohne zu wissen, daß es nachgemacht sei. Kröll wohnte bei einer Witwe Kaisererath der Hubenstraße. Hier wurde eine Hausdurchsuchung vorgenommen, doch fand man nur wenig Material und die Beamten hatten der Grund, als ob dieses noch rechtzeitig bei der Polizei gemeldet worden wäre. Als Kröll dann vor dem Gerichte

weiteren Schöffengericht stand, um sich wegen Münzverbrechen zu verantworten, entfaltete ihn Frau Kaiser auch sehr erheblich, so daß ihre Verteidigung wegen eventuellem Mitternachtsterben unterblieb. Kröll wurde unter Zustimmung mildernder Umstände zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Gegen dieses Urteil hatte er Berufung eingelegt. Die Berufungsbehandlung fand am Freitag vor der ersten Großen Strafkammer statt. Der Angeklagte erklärte auch jetzt wieder wie in der ersten Instanz, das Opfer einer zu Unrecht erlassenen einseitigen Verfügung zu sein, wodurch er zwei Geschäfte verloren habe. Im übrigen möge man ihn aus der Unterhofsgerichtsbarkeit entlassen, denn der Regierungsrat von Homburg und der Lafer, der sogar unter der schweren Anklage des Mordes stand, habe nicht einen einzigen Tag in Unterhofsgerichtsbarkeit gefesselt. Frau Kaiser trat diesmal wiederum u. a. als Zeugin auf. Sie hatte inzwischen einem Kriminalbeamten erzählt, daß Kröll tatsächlich in ihrer Wohnung Geld hergestellt hat und sie davon gewußt habe. Kröll habe ihr auch gesagt, wenn er eines Tages nicht wiederkommen sollte, dann möge sie alles Falschmünzmaterial fortgeschaffen. Als Kröll dann im April nicht nachhause kam, hat sie das Material in einem Graben in Scheitling verstreut und das noch vorhandene falsche Geld auf der Schlehener Chaussee vergraben. Die Angaben der Frau Kaiser waren auch richtig, denn als die Polizei das Wasser des Grabens abgelassen hatte, fand sie das Falschmünzmaterial. Kröll dagegen behauptet, die Beamten hätten selbst das Material dorthin geschafft, um gegen ihn Beweise zu haben. Der Staatsanwalt beantragte die Verwerfung der Berufung. Das Gericht erkannte auch demgemäß und rechnete dem Angeklagten vier Monate auf die Unterhofsgerichtsbarkeit an. Frau Kaiser wird sich demnächst ebenfalls wegen Falschmünzerei zu verantworten haben.

Betriebsecho Nr. 7

ist im Parteisekretariat abzuholen.

• **Breslauer Volksbühne.** Die Mitglieder der Abteilungen I bis XIV und XXIX bis XXXV der Stammgemeinde der Volksbühne erhalten in der Geschäftsstelle, Albrechtstraße 32, zu den Aufführungen von Kolenows „Kater Vamp“ im Lobetheater Gastkarten zum Einheitspreis von 1,55 Mark. Allen Mitgliedern der Volksbühne stehen Gastkarten zum Einheitspreis von 1,70 Mark zu den Aufführungen von Shakespeares „Wie es euch gefällt“ im Thalia-Theater zur Verfügung.

• **Der Verein des Breslauer Einzelhandels** veranstaltet folgende Bezirksversammlungen: Mittwoch, den 14. November, abends 8 Uhr, im Restaurant „Braislawia“, Mauritiustplatz 4, für den Bezirk Scheitling-Ohlauer Tor, Donnerstag, den 15. November, abends 8 Uhr, im Matthiastempel, Kollwitzstraße 17, für den Bezirk Oberer-Matthiastempel. Tagesordnung für beide Versammlungen: Vortrag des Herrn Dr. Alfred Hirschfeld über „Der Kundendienst in der Vorstadt“ (mit Bildern). Anschließend Aussprache. Gäste willkommen.

• **Eine Falschmeldung.** In einer Reihe deutscher Tageszeitungen erschien kürzlich eine Notiz, wonach sich zurzeit eine Enkelin des Dichters Gustav Freytag in bitterster Notlage in einem Innsbrucker Obdachlosen-Haus befinde. Diese Notiz hat bereits Veranlassung zu Sammlungen von Unterstützungsbeiträgen gegeben. Auf eine Anfrage der Breslauer Industrie- und Handelskammer bei der Innsbrucker Kammer ist jedoch festgestellt worden, daß die Zeitungen, die jene Notiz veröffentlicht haben, offenbar das Opfer einer Manipulation geworden sind. Der in München als Universitätsprofessor lebende Sohn Gustav Freytags hat auch bereits in den „Innsbrucker Nachrichten“ (vom 2. November) mitgeteilt, daß es nur zwei lebende Enkelinnen Gustav Freytags gibt, nämlich die beiden Töchter des Münchener Professors, von denen die ältere in Ober-Langensielau, die jüngere in Berlin ansässig ist.

• **Strasensunfälle.** An der Ecke Höfchen- und Sadowastrasse wurde am Sonnabend abend der Arzt Dr. Ernst Juliusburger, Körnerstraße 4, von einem radfahrenden Lehrling ungetroffen, als er den Fußdamm überquerten wollte. Er erlitt mehrere Verletzungen und mußte mit einem Auto in seine Wohnung geschafft werden. Ein ähnlicher Unfall ereignete sich am Sonnabend nachmittags am Christophoriplatz, wo ein Auto den die Straße überschreitenden Arbeiter Paul John, Gellhornstraße 26, wohnhaft, umriß. Er wurde erheblich verletzt und mußte dem Allerheiligen-Hospital zugeführt werden. Ein Zusammenstoß zwischen einer Kleinstraßendroste und dem radfahrenden Telegraphenbaulehrling Kurt Hanzer, Male anstraße 47, der sich am Sonnabend mittags in der Westendstraße ereignete, hatte zur Folge, daß der Lehrling zu Boden gerissen und verletzt wurde. Mit einer Klein-Kraftdroste mußte der Verletzte in das Allerheiligen-Hospital eingeliefert werden. In der Promnitzstraße stürzte am Sonntag mittags der Bauarbeiter Ernst Kunde, Lange Gasse 70 wohnhaft, von seinem Fahrrad- und erlitt eine schwere Kopfverletzung. Mit einem Krankenwagen mußte er in das Allerheiligen-Hospital geschafft werden.



Amthlicher Wetterbericht
des Meteorologischen Observatoriums Kriekern bei Breslau.
(Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten).
Nachdem es gestern noch infolge ungehinderter Ausstrahlung zu verbreiteten Frosttagen gekommen war, stellte sich in der vergangenen Nacht vom Westen her eine Erhellung ein. Mit der weiteren Luftverwechslung von der Ostsee gelangten wir in den Bereich von maritimem Westwind, wobei die kälteren Temperaturfronten und neblig-wolfige Mitternacht einstellen wird.
Mittags für das tschechische Flachland und die tschechischen Mittelgebirge: Südwestwind, nach verbreiteten Niederschlägen neblig-wollig, wärmer.
Mittags für das tschechische Hochgebirge: Westlicher Südwest, neblig-trübe, Schnee in Regen übergehend, wärmer.

Wasserstand

12. November

Nallhor.....	1.70	Kantern (Unter-Regel).....	2.10
Neisse (Stadt) vom 12. 11.	0.60	Ohrenmuth.....	1.60
Neisse (Unter-Regel).....	1.68	Abflugsmenge letztendlich 62 cbm	
Brieg (Wallentram).....	2.12	Kürstendurg vom 11. 11.	0.18
Treben.....	1.08	Wassersöhe + 7.2°	

Briefkasten

Allen Anfragen muß eine Bezugsquittung beiliegen. Bezugsquittungen erhalten unsere Leser auf Verlangen von den Volkswacht-Trägern oder Trägern; die Postbehörden haben die Postquittung beizubringen. Es geht um die Redaktion montags von 12-1 Uhr mittags.
Nr. 222. Zur Beantwortung Ihrer Fragen ist erforderlich, daß Sie angeben, wer im Grundbuch als Eigentümer der Landwirtschaft eingetragen ist.
F. H. Carlomik. Die Frage des betreffenden Schulleiters ist eine Unrechtmäßigkeit und lediglich deshalb mit der Verwaltung, weil er vom Sozialamt offenbar nicht den Schimmer einer Abnung hat. In Ihrem Platz würden wir die Wiederholungen solcher Diskussionen diesem Herrn vorgeben, keine Rede direkt an die sozialistischen Minister zu richten. Das könnte er sofort haben, aber an Mut dazu wird es ihm fehlen, denn er ist gewiß deutsch-national. Nebenbei: die sozialistischen Minister leisten für Dinge der Wohlfahrt persönlich sehr erhebliches.

Gibt Eure Anzeigen der Volkswacht

Das feine Cocos-Speisefett

PALMIN

Nur echt mit dem G. J. Schlinck Namenszug

für sie entbrannt, in seine Arme. Poseidon trifft mit seinen Kriegern im Aufzuge Athras rechtzeitig ein, um die Verlobten vor der Rache des Regierfürsten zu schützen. Er hat auch gleich Hermione, beider Tochter, mitgebracht, mit der sie nun ihr Familienglück teilen können. — **Herzlichen Glückwünschen** können nicht darüber hinwegtäuschen, daß diese ganze Bergeshelms- und Erinnerungstrum-Geschichte doch rechtlich dünn und inhaltlos ist. Im ersten, dramatisch geschickten Akt wird eigentlich nur geredet — und überredet — aber es schwingt sich niemand zu einer wirklichen Tat auf, und die Regerepisode des zweiten Aufzuges, die allein etwas Bewegung in das Ginerlei dieses Cheloniastes bringt, hat direkt nichts damit zu tun.

Den Komponisten interessieren an diesem Vorwurf zunächst die psychologischen Gegenstände der drei Hauptpersonen: des wahnhaften Schwächlings, der raffinierten, sympathisch-litigen Athra und der hingebungsbegehrten, heftigen, selbstischen Melodien. Vielleicht die drei ausgesprochenen, zu schwingender Melodien zugehörigen Dialoge und zuletzt das Milieu. Richard Strauß gehört heute zu den ungeschicktesten Musikern. Es gibt Leute, die einst keine Beziehungen zu den als hypermodern verschrienen Klangeffekten der „Elektra“ und der „Salome“ gewinnen konnten, und Strauß heute als überlebt abtun, andere wieder sehen in ihm nach wie vor den Repräsentanten der Gegenwarts-komposition. Er selbst wünscht in verschiedenen veröffentlichten Kommentaren zur „Aegypischen Helena“ die Feststellung, daß er hier keinerlei Probleme zur Disposition stellen wollte. Er hätte den Hinweis nicht nötig gehabt, denn diese Partitur macht absolut keinen problematischen Eindruck. Er bevorzugt hier durchweg tonale Harmonik, schmeißt in Melodienlosigkeit und bedient sich eines durchaus nicht neuartigen, an vielen guten Vorbildern geschulten

Stils. In der Melodik, im musikalisch-dramatischen Aufbau und in der Orchesterleitung finden sich zahlreiche Anklänge an seine früheren Werke, auch an den Wagner des „Lohengrin“. Strauß gönnte sich diesmal völlige Schaffensfreiheit: er orientierte einmal an den Vorbildern. Wenn sich das Werk überhaupt auf die Dauer lebensfähig zeigen sollte, so nur dadurch. Es sind dabei Stücke von hervorragender Schönheit, von Rundung und Schwung gefungen: Reiteres — trotz der Einfachheit — als der gleich zu Anfang erlösende Schnellschritt Athras, als die beiden großen Schlußbühnen zwischen Helena und Menelaos hat Strauß gewiß nicht geschrieben. Überall zeigt er sich dabei als der souveräne Beherrscher der höchst akzentuierenden Orchesterleitung, besonders in dem äußerst charakteristischen Rahmen, in den er die Tonwelt der Athra einspannt. Seine Sänger belohnt er diesmal für die enormen physischen Anstrengungen mit einem sehr langbaren Satz.

Der Erkaufung gingen unter der musikalischen Leitung Richard Lerts und unter der szenischen Prof. Josef Turnaus eingehende Vorbereitungen voraus, die eine besonders eindrucksvolle Wiebergabe des Wertes zur Folge hatten. Lerts temperamentvoll, mit pedantischer Beachtung jeder Nuance geführtes Orchester hat eine prachtvolle klangliche Leistung und bildete die Basis, von der aus auch das Besondere seine Festigkeit erhielt. Turnaus Regie und Prof. Wildermanns Bühnenbilder waren auf das Phantastische, Unwahrscheinliche der romantischen Zauberoper abgestimmt. Das Bild des ersten Aktes deutet sich der Autor, und mit Recht, als einen Festsaal, nicht als architektonisch verhöhlte Grotte. Der Raum paßt weder zur lebenswichtigen Athra, noch zur eiseren Helena, aber gar nicht zur übermäßigen, mit dem Behelfsorchang in Augenschein

tretenden Mitternacht. Die Kostümierung ist bis auf den allzu spielzeugmäßig bunten Mitternachtsfächer senior und Menelaos, der in der Kleidung des zweiten Aktes sein Griechentum völlig verliert, vor allem mit Sinn für Farbenwirkung entworfen. Die Rollenverteilung war, soweit es die Frauen anging, glücklich. Klara Kleppes-Schönefeld ist eine Helena großen Formals. Sie bewältigt die Rollenpartie mit stimmtechnischer Ausdauer und gutem Verständnis für die von Strauß vorgeschriebene Phrasierung, auch darstellerisch vortrefflich. Erica Darbos Athra steht in nichts hinter dieser großen Leistung zurück. Ihre filmische Gestalt steht der als Einzige wirklich aktiv in die Handlung eingreifenden gut an, ihr heller Sopran klingt gut mit dem Klara Kleppes zusammen. Bei dem Menelaos Gustav Büsches hätte die Regie manche Verbesserung erzielt. Gerade in dieser Partie ist ein starker Darsteller unerlässlich. Herr Büsches ließ sich als Nur-Sänger vernehmen, dem man nachrühmen kann, daß er seine Aufgabe rein musikalisch beherrschte. Rudow, der den Seich markant zeichnete, bedte bei dieser Gelegenheit den Ton derart, daß der Text größtenteils unvernehmlich blieb. Willi Frey, der den Sohn lang, vollstimmte dagegen zu offen, ein Fehler, der bei ihm zur Manier auszuarten droht. Die paar Takte der Mischel sang Herta Böhlke geschmackvoll. Sonst taten noch Rose Fichtinger, Rose Haas und Lotte Schleskow mit, die sich gut ins Ensemble einfügten, sowie der zuverlässige Chor.
Der sehr lebhaft Beifall des ausverkauften Hauses konzentrierte sich auf die Hauptdarsteller und Herrn Lert.
Werner Sander.

Arbeit und Wirtschaft

Vor einer stürmischen Woche

Der Eisenkrieg heut vor dem Reichstag — Die Scharfmacher sind isoliert

Diese Woche wird eine hochpolitische und stürmische Woche werden. Heute wird der Reichsarbeitsminister im Reichstag zu dem Eisenkonflikt Stellung nehmen. Die Aussprache des Reichstages über den Vorkampf der Schwerindustrie gegen die Staatsautorität dürfte das dramatischste Ereignis der kommenden Woche sein. Erst nach dem Reichstag wird dann vielleicht ein Weg zu neuen Verhandlungen freigelegt werden können.

Die Reinigung der Atmosphäre, dann Verhandlungssatmosphäre! Vorher hat das Drängen eines Teils der Unternehmenskreise zu Verhandlungen keinen Zweck. Der Eisenkrieg nach Verhandlungen, der aus dem Arbeitgeberlager kommt, ist an sich ja verständlich, denn dort haben die vernünftigeren Leute längst erkannt, daß sich die Scharfmacher der Metallindustrie Nordwest in eine unheilvolle Situation verurteilt haben. Die Scharfmacher sind so gut wie isoliert. Das ist bereits ein öffentliches Geheimnis. Man sieht das am deutlichsten, wenn man die Haltung der politischen Parteien zu dem Konflikt betrachtet. Sogar die Deutschnationalen sind — wahrscheinlich zu 90 Prozent — gegen die Aussperrung. Auf der Seite der Arbeitgeber steht eigentlich nur die Deutsche Volkspartei. Sie ist sich so einseitig und so stark über die Eisenrebellien ein, daß der Reichswirtschaftsminister, dem Druck nachgebend, allmählich eine etwas eigenartige Stellung einzunehmen beginnt. Die volksparteiliche Presse macht bereits eine regelrechte Regierungskritik an die Wand. Wen will sie damit schrecken? Das Zentrum? Das Zentrum, wenigstens sein Arbeiterflügel, ist aus der bitteren Erfahrung der letzten Reichstagswahlen gelernt. Man kann es Steinerwald nicht verdenken, wenn er die Luft hat, kühnlich Suppen anzulöffeln, die ihm ein Teil seiner Partei einbrocht. Kein Wunder also, wenn das Zentrum im Reichstag, wie die volksparteiliche Presse tummervoll behauptet, sehr scharf ins Zeug geht, stellenweise sogar scharfer als die Sozialdemokratie. Natürlich bezieht sich die volksparteiliche Kritik, z. B. die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, im letzten Heft hervorgehoben, daß die Scharfe im Vorgehen des Zentrums den Reichsarbeitsminister nicht von seiner Verantwortung für die Ausschließung und Zulassung des Konflikts entlastet. Vielleicht aber — wenn eine solche Entlastung überhaupt notwendig ist — die Verantwortung für die Ausschließung und Zulassung des Konflikts liegt nicht bei dem Reichsarbeitsminister, sondern bei den Scharfmachern der Schwerindustrie. Die wirklichen Verantwortlichen sind der Öffentlichkeit bereits zu Genüge bekannt. Denn der Reichsarbeitsminister am Montag im Reichstag in der großen Rede zu dem Konflikt Stellung nehmen wird, dann wird er sich nicht zu entschuldigen. Seine Rolle ist nicht die eines Angeklagten, sondern die eines Mitleidens; denn das Reichsarbeitsministerium gibt es in diesem Konflikt ein verdammt consens: Respektierung der Verbindlichkeitsklärung! Respektierung der Staatsautorität, mit der der oberste Richter, der ja nicht zufällig Reichsarbeitsminister ist, ausgerüstet sein muß, wenn die Verbindlichkeitsklärung von ihm und Kraft haben soll. Der Reichsarbeitsminister würde nicht übersehen sein, wenn er sich ausgerechnet jetzt das Schicksal des von der Willkür eines wildgewordenen Unternehmens verschlagen lassen würde. Für die kommenden Jahre, denen schon infolge der mit der Reparationsfrage verbundenen Schwierigkeiten scharfe Wirtschaftskonflikte unvermeidlich sind, ist das Schicksal des Reichsarbeitsministers, mindestens ebenso notwendig wie für die nächsten 10 Jahre des wirtschaftlichen Aufbaues. Es überläßt sich schnell, von der ganzen Welt bewunderte, wirtschaftliche Wiederaufbau Deutschlands wäre ohne das Schicksal des Reichsarbeitsministers unmöglich gewesen. Von der Eisen- und Stahlindustrie wäre auch die internationale Verständigung und das darauf beruhende internationale Abkommen, wie es heute besteht, unmöglich zustandegekommen worden. Ohne Produktionsstabilität und die verhältnismäßig große Kapitalstabilität, die nicht zu trennen sind ohne Festigung der Währung, ohne eine gewisse Verbindung schwerer Erörterungen der Produktion und des Arbeitsmarktes. Dieses Wort des verstorbenen Reichsarbeitsministers verdient gerade jetzt in diesen kritischen Tagen Beachtung und Beherzigung.

Der Reichsarbeitsminister braucht sich nicht zu entlasten. In der arbeitgeberfreundlichen bürgerlichen Presse ist ausdrücklich hervorgehoben worden, daß der Reichsarbeitsminister in der öffentlichen Macht vor der Verbindlichkeitsklärung das Menschliche getan haben, um die Parteien zu einigen und den Konflikt zu vermindern. Die Aufgabe des Reichsarbeitsministers in der Aussprache im Reichstag ist nicht Entlastung, sondern Berechnung.

Der wirtschaftliche Schaden der Aussperrung im Ruhrgebiet

191 000 Feiertagslöhnen in einer Woche

Der wirtschaftliche Schaden der Aussperrung im Ruhrgebiet ist unabsehbar. Im Bergbau mußten vom 1. bis 6. November 1928 191 000 Feiertagslöhnen eingelegt werden. Die tägliche Förderleistung ist von 374 000 Tonnen im Durchschnitt des Monats Oktober auf rund 330 000 Tonnen, also um etwa 10 Prozent zurückgegangen. Schon jetzt ergibt sich im Bergbau ein Produktionsrückgang von rund einer halben Million Mark täglich, wenn man den Durchschnittswert pro Tonne ab Grube von etwa 15,50 Mark zugrunde legt.

Zu diesen Verlusten der Industrie kommen noch Millionen von Schäden von Handel und Gewerbe im Industriegebiet und die Millionen Aufwendungen der Gemeinden zur Durchführung der Entlastungsmaßnahmen.

Die Schwerindustriellen lassen ihrem Parteilich die Zügel schießen und das deutsche Volk bezahlt die Rechnung.

Weitere Wirkungen der Metallarbeiter-Aussperrung

Die Aussperrung im Ruhrgebiet greift nunmehr auch auf das Röhren-Industriegebiet über. Wie der Verband der Fabrikarbeiter, Zahlstelle Köln, meldet, haben in Köln bereits die großen Firmen 120 Arbeiter entlassen, außerdem steht die Einstellung von weiteren 1000 Arbeitern in kurzer Zeit bei drei weiteren Firmen bevor.

In Stolberg bei Aachen sind in der Röhrenindustrie ebenfalls 300 Mann entlassen; insgesamt dürften dort in etwa acht Wochen 2000 Arbeiter brotlos werden.

Kein Geschäft zu machen

Die Unternehmerpresse hat in den letzten Tagen wiederholt zur Rechtfertigung der Wertschöpfungs-Verbindlichkeitsklärung durch die Eisenrebellien

auf Aeusserungen Leiparts auf dem Hamburger Gewerkschaftskongress hingewiesen. Leipart — sagen die Advokaten der Scharfmacher — habe in Hamburg betont, daß einem Zwangstarif nicht derselbe moralische Wert innezuwohne wie einem auf freier Vereinbarung beruhenden Tarifvertrag. Zu diesem verkehrten Rechtsfertigungsversuch nimmt nun auch „Der Deutsche“ Stellung. Er schreibt, daß die Berufung auf Leipart völlig daneben gehe, weil trotz der Kritik der Verbindlichkeitsklärung Herr Leipart als Führer der Freien Gewerkschaften bis jetzt nie mit einem Generalstreik in einer lebenswichtigen Industrie eine Verbindlichkeitsklärung beantwortet hat.

Der Versuch, Leipart zu einem Kronzeugen für die Eisenrebellien zu machen, ist ebenso albern wie das Bemühen, die Einstellungsperre der Eisenrebellien mit der Wertschöpfung der Gewerkschaften vor Zugang in ein Kampfgebiet zu vergleichen. Wahrung vor Streikbrecherarbeit in einem bestimmten Bezirk oder Betrieb ist noch lange nicht dasselbe wie eine Einstellungsperre für die Betriebe einer Industrie im ganzen Reich. Nur Leute ohne Augenmaß bringen solche Vergleiche fertig. Aber am Augenmaß scheint es, wie die Vorgänge der jüngsten Zeit beweisen, den Scharfmachern und ihrer Presse ganz besonders zu fehlen.

Nach den Eisen: die Zementbarone

Bei dem großen Arbeitslosenkonflikt in der Metallindustrie Nordwest steht mehr auf dem Spiel als nur ein Schiedsspruch. Was sich die Schwerindustrie geleistet hat, ist ein wohlüberlegter und wohl vorbereiteter Angriff gegen Recht, Gesetz und Staatsautorität. Ihre Presse bestreitet das. Sehr zu Unrecht; denn die Scharfmacher sind ja nicht nur im Westen, sondern überall im Reich, wo sie sich stark genug fühlen, dabei, das Schlichtungswesen außer Kurs zu setzen und Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu — diktieren. So haben sich in Thüringen die Zementbarone wie die Eisenbarone brutal über die Verbindlichkeitsklärung eines Schiedsspruches hinweggesetzt. Die Haltung der Thüringer Zementbarone paßt zu der der Eisenbarone wie ein Ei zum andern. Deutlich sieht man, daß der Frontalangriff im Westen nur das Hauptstück in einem abgetakteten Spiel ist.

Für die Thüringer Zementindustrie war ein Schiedsspruch gefällt worden, der den bereits am 31. September 1928 abgelaufenen Manteltarifvertrag mit verschiedenen Änderungen, die den Verhältnissen etwas mehr Rechnung trugen, wieder in Kraft setzte und eine Neuregelung der Löhne brachte. Die Arbeitgeber lehnten den Schiedsspruch ab, die Arbeitnehmer nahmen ihn an und beantragten Verbindlichkeitsklärung. Diese wurde am 18. Oktober ausgesprochen. Damit waren in der Thüringer Zementindustrie die Tarifverhältnisse neu festgelegt. Was geschah aber? Die Arbeitgeber setzten sich über Recht und Gesetz weg, wie folgende Bekanntmachung zeigt. Sei wurde allen Arbeitnehmern zugewandt, von denen die Leitung des Brüßing-Konzerns annimmt, daß sie Mitglieder der freien Gewerkschaften sind, und lautet in ihrem Hauptteil:

Am 14. September 1928 sind in dem Tarifvertrag zwischen dem Arbeitgeberverband der Thüringischen Zementindustrie und den Gewerkschaften Schiedssprüche über Manteltarif und Löhne gefällt worden.

Wider alles Erwarten sind trotz aller Gegenansführungen durch den Arbeitgeberverband und die Werksleitung diese Schiedssprüche auf Betreiben der Gewerkschaften durch den Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt worden. Denjenigen Belegschaftsmitgliedern, welche dem Fabrikarbeiterverband, dem Deutschen Metallarbeiterverband oder dem Zentralverband der Maschinenisten und Heizer als Mitglieder angehören, teilen wir hierdurch mit, daß wir mit Wirkung von heute ab aus dem Arbeitgeberverband der Thüring. Zementindustrie ausgetreten sind, und daß wir mit sofortiger Wirkung die Arbeitsverträge mit den Angehörigen der genannten drei Gewerkschaften auflösen. Dabei beziehen wir uns auf das Urteil des Reichsarbeitsgerichts vom 8. Februar 1928 (RAG 68/1927). Wir beabsichtigen, unsere Belegschaft von morgen ab zu den von uns bis zu der Verbindlichkeitsklärung der Schiedssprüche gehandhabten Arbeitsbedingungen (Mantel und Löhne)

Die Agrarier rüsten gegen die neuen Gemeinden

Die Leitung des Deutschen Landarbeiter-Verbandes berichtet seit einiger Zeit, daß Landarbeiter, die nicht mehr ganz voll leistungsfähig sind, Kürzungen ihrer Lohnbezüge in Kauf nehmen müssen. Nach der Meinung der Verbandsleitung steht hinter diesem Vorgehen System. Sie hat deshalb die Augen angestellt des Verbandes er sucht, hierauf besondere Aufmerksamkeit zu verwenden. Das geschieht. In einer Mitteilung, die der Verbandsleitung in diesen Tagen aus Schlesien zugegangen ist, heißt es beispielsweise:

Das Rittergut Sp., Kreis Sprottau, hatte ebenfalls die Absicht, einigen älteren Arbeitern am 1. Oktober bis zu 50 Prozent des Lohnes abzuziehen. Es fand in der Gutskanzlei in der Sache eine Verhandlung statt, an der sich auch der Arbeitgebersekretär beteiligte. Während der Verhandlung kam der Inspektor mit der Sprache heraus, indem er ungefähr folgendes sagte: „Es ist weiter nichts dabei, was ich Ihnen jetzt verrate. Die Sache ist doch so, daß jetzt die Gutsbezirke aufgelöst sind und die Gutsbesitzer Steuern auch an die Gemeinde zahlen müssen. Das zwingt dazu, daß den nicht mehr ganz vollwertigen Arbeitern gegenüber eine andere Stellung eingenommen wird. Früher hatte der Gutsbezirk den alten Leuten eine Unterstützung gewähren müssen. Da blieb es ganz gleich, ob sie den vollen Lohn bekamen oder eine Unterstützung gewährt wurde. Heute haben die Gutsbesitzer aber kein Interesse daran, dem nicht vollwertigen Landarbeiter den vollen Lohn zu zahlen. Heute kassiert die Gemeinde die Steuern ein, folglich muß sie auch der Nichtvollwertigen eine Fürsorgeunterstützung gewähren.“ Der Verbandsangestellte bemerkt zum Schluß seines Schreibens, daß er bei der Unterredung den Eindruck hatte, als wenn die Erklärung des Inspektors auf Geheiß des Arbeitgeber-Verbandes abgegeben wurden. Damit ist erwiesen, daß die Meinung der Verbandsleitung des Deutschen Landarbeiter-Verbandes keine falsche ist. Das Vorgehen der landwirtschaftlichen Arbeitgeber hat einen bestimmten Sinn. Sie sind über die Auflösung der Gutsbezirke aufgebracht und bemühen sich jetzt, den jungen Gemeinden das Leben so schwer wie möglich zu machen. Der Öffentlichkeit soll

Das Ergebnis der Beamtenrätewahlen bei der Reichsbahn

am 21. und 22. Oktober d. Js. steht nunmehr im großen und ganzen fest. Kleine Abweichungen, die durch nachträgliche Korrekturen eintreten, können an dem Gesamtbild nichts mehr ändern. Dem Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands, der bei der Betriebsratswahl im Frühjahr d. Js. die weit überwiegende Mehrzahl der Arbeiterstimmen erhielt, war es möglich, auch bei der Beamtenrätewahl schöne Erfolge zu erzielen. Die zahlreichen zum Deutschen Beamtenbund gehörenden Verbände haben alle Mittel angewandt, um die freigewerkschaftliche Orientierung der Beamten zu verhindern. Eine besondere Note erhielt der Wahlkampf durch die Verbände aus dem christlichen Gewerkschaftslager, die vor zwei Jahren dem Deutschen Beamtenbund angegliedert wurden. Bei ihnen war der Kampf gegen den Einheitsverband zugleich Kampf gegen den Sozialismus. Ganz im Sinne und nach den Methoden der Kommunisten führten diese christlichen DDB-Verbände den Wahlkampf gegen die „Panzerkreuzer-Sozialdemokratie“ und versuchten damit, der freigewerkschaftlichen Bewegung Abbruch zu tun. Berücksichtigt man, daß allen nicht freigewerkschaftlichen Beamtenverbänden mehr oder weniger die Unterstützung der Reichsbahn-Verwaltung im Wahlkampf zuteil wurde, so muß das Wahlergebnis als ein bemerkenswertes Fortschritt für den Einheitsverband bezeichnet werden.

Der Einheitsverband hat insgesamt 69 652 Stimmen erhalten. Es war ihm möglich, 3175 Stimmen mehr als im Jahr 1926 auf seine Listen zu verzeichnen. Die unter dem Schutze der Reichsbahnverwaltung arbeitenden 66 000 des Einheitsverbandes im Deutschen Beamtenbund haben demgegenüber einen erheblichen Stimmenrückgang zu buchen. Wenn auch das Ziel, das sich der Einheitsverband gesetzt hat, damit noch längst nicht erreicht sein kann, so zeigt das Wahlergebnis doch, daß die freigewerkschaftliche Idee auch unter den Beamten immer mehr Fuß faßt.

Streik der Lederarbeiter in Sprottau

Die Arbeiterchaft der schlesischen Lederwerke, Firma E. Rüdighaus, Sprottau, sind wegen Nichtanerkennung eines gefällten Schiedsspruches am 9. November in den Streik getreten.

zu beschäftigen. Den getätigten Arbeitnehmern bieten wir an, bei uns ebenfalls unter diesen genannten Arbeitsbedingungen zu arbeiten. Diejenigen Getätigten, die diesen Vorschlag nicht annehmen wollen, können in den Tagen vom 31. Oktober bis 2. November 1928 ihre Papiere und ihre Schlußlohnrechnung in Empfang nehmen. Infolgedessen gilt für jeden unserer Arbeiter, der die Arbeit fortsetzt, der von uns angebotene Arbeitsvertrag als angenommen und verbindlich. Wir geben vollständig aufheim, unser Angebot bis 31. Oktober 1928 anzunehmen oder nicht.“

Der Verband der Fabrikarbeiter Gau Thüringen in Sprottau — die federführende Organisation — schließt vom Arbeitgeberverband der Thüringischen Zement-Industrie ein Schreiben, worin mitgeteilt wird, welche Werte aus dem Arbeitgeberverband ausgetreten sind. Die genannten Werte stellen so ziemlich den ganzen Arbeitgeberverband für die Thüringische Zementindustrie dar. Die Belegschaften haben sofort in Betriebsversammlung gegen die Maßnahme der Arbeitgeber Stellung genommen. Sie betrachten die Kündigung als rechtsunwirksam und halten ihre Ansprüche aus dem Schiedsspruch aufrecht.

Mit den Zementbaronen wird — das Reichsarbeitsministerium ist von den Vorgängen bereits unterrichtet — ein sehr ernstes Wort gesprochen werden müssen. Sie glauben, wenn sie sich über Recht und Gesetz hinwegsetzen, von dem Tarifverhältnis mit den freien Gewerkschaften loszukommen. Sie diktiert einfach und verlangen, daß die Arbeiterchaft sich ihrem Diktat fügt und unter den Bedingungen des ebenfalls diktierten Werkvertrages, den sie mit den Gelben abgeschlossen haben, arbeitet. Die Staatsautorität wird mißachtet. In Thüringen dürften die Scharfmacher ebenso wie im Eisenbezirk Nordwest danach, sich mit dem Kuhn von Göttescräden zu zieren. Den gesetzlichen Instanzen spricht man jede Berechtigung ab, in die Arbeitsstreitigkeiten einzugreifen. Es gab einmal eine Zeit, da dachten die Herren anders. Das war damals, als sie noch glaubten, daß die Entscheidung für sie günstig fallen werde. So sind sie z. B. 1923/24 zuerst zu den jetzt so verhassten Schlichtungsinstanzen gegangen. Heute passen die Schlichtungsinstanzen nicht mehr in ihren Kram, und daher wird Recht und Gesetz mit Füßen getreten. Mit Unrechtlern darf es kein Paktieren geben. Wer nicht hören will, muß fühlen.

Verbindliche Mantelverträge für die ober-schlesische und pommerische Zementindustrie

Für die ober-schlesische und pommerische Zementindustrie sind die mit den freien Gewerkschaften abgeschlossenen Mantelverträge für allgemein verbindlich erklärt worden. Damit ist den mit den Gelben abgeschlossenen Verträgen der Rechtsboden entzogen.

gezeigt werden, daß die Gutsbezirke mit der tonangebenden Macht des Gutsbesitzers eine bessere Einrichtung gewesen sind. Das wird auch durch den Einwand der landwirtschaftlichen Unternehmer nicht abgewehrt, daß eine rechtliche Verpflichtung, den nichtvollwertigen Arbeitsträften den vollen Lohn zu zahlen, nicht vorliegt. Gewiß, eine rechtliche Verpflichtung liegt nicht vor. Die Tatsache aber, daß die nicht mehr vollwertigen Landarbeiter jahrzehntelang ihr Bestes für den landwirtschaftlichen Betrieb hergegeben haben und die weitere Tatsache, daß ihr Einkommen für Rücklagen nicht ausreichte, verpflichten die landwirtschaftlichen Unternehmer moralisch, sich um das Fortkommen dieser Landarbeiter zu kümmern.

Die preussische Staatsregierung wird jedenfalls auf alle Sabotageversuche der landwirtschaftlichen Unternehmer bei neuen erkrankenden Gemeinden gegenüber achten und darum bemüht sein müssen, daß ihnen ein Erfolg nicht beschieden ist.

Einen doppelten Reingewinn

kann die Cuxhavener Hochseefischerei aufweisen. Der gesamte Betriebsüberschuss steigerte sich nämlich von 1,65 Millionen Mark auf 2,29 Millionen Mark. Dagegen gingen die Generalunkosten nur von 650 000 Mark auf 840 000 Mark herauf. Nachdem man noch die Abschreibungen um 120 000 auf 700 000 Mark erhöht hat, ergibt sich ein Reingewinn von 840 000 Mark gegenüber 440 000 Mark im Vorjahre. Die Dividende wird von 8 auf 9,5 Prozent in die Höhe geholt. Der Gesellschaft stehen dabei noch so beträchtliche Mittel zur Verfügung, daß die Vorratsaktien, gegen alle Gewohnheit, an der Dividendenauschüttung teilnehmen.

Das ist die Rechtsseite einer Preispolitik in der Hochseefischerei, die im verfliehenen Jahre manche und immer sehr berechtigte Kritik gefunden hat. Wir erinnern nur an die Verknappung der deutschen Märkte infolge größerer Verkäufe nach England, an das sogenannte Abferren der deutschen Märkte, wodurch man die Preise stark hinauftrieb.

Arbeiter-Sportbewegung

Arbeiter-Turn- und Sportbund — Deutsche Turnerschaft

Wenn wir die Entwicklung der beiden größten deutschen Sportverbände des Arbeiter-Turn- und Sportbundes und der Deutschen Turnerschaft der letzten zwei Jahre vergleichen, dann ersehen sich interessante Feststellungen.

Die Deutsche Turnerschaft ist der Gigant der bürgerlichen Sportbewegung, in ihrer Art, folgt auf die 1,6 Millionen Mitglieder und folgt darauf, daß in ihren Reihen neben Turnen und Sport als Mittel zur körperlichen und geistlichen Kräftigung, die Pflege deutschen Volkstums und vaterländischer Gesinnung im Vordergrund stehen.

Im Gegensatz zu den meisten bürgerlichen Sportverbänden ist die Mitgliederzahl der Deutschen Turnerschaft echt. Die Mitgliederzahlen ihrer Kreise beweisen tatsächlich eine aufwändige Statistik, es gibt keine nach oben abgerundeten Summen, sondern dies bei den anderen bürgerlichen Sportverbänden in wie gewöhnlich unzulässiger Weise geschieht. Der Arbeiter-Turn- und Sportbund zählt gegenwärtig 770 000 Mitglieder, er ist die Sportorganisation des Proletariats und stellt das Gegengewicht gegen die Deutsche Turnerschaft dar. Sein Ziel und Streben ist, durch die Pflege der Leibesübungen gesunde Menschen zu schaffen, eine lebensstarke Arbeiterkraft heranzubilden, im Sinne sozialistischer Weltanschauung zu wirken.

Betrachten wir die Entwicklung dieser beiden Organisationen in den letzten Jahren, so zeigt sich, daß die Deutsche Turnerschaft von Inflation und schwerer wirtschaftlicher Depression fast nicht so stark betroffen wurde, als der Arbeiter-Turn- und Sportbund. Ja, wir können feststellen, daß, trotzdem doch in dieser Zeit alle Organisationen stark an Mitgliedern verloren, die Mitgliederzahlen der Deutschen Turnerschaft verhältnismäßig wenig abgenommen. In den schweren Jahren hatte die Deutsche Turnerschaft nicht einmal ein Drittel von dem an Mitgliedern verloren, was der Arbeiter-Turn- und Sportbund eingebüßt hatte. Ein Beweis dafür, daß mit kapitalistischen Mitarbeitern selbst wirtschaftliche Krisen leichter überwinden werden. Trotz Rückschlägen der Mitgliederzahlen war aber bei beiden Verbänden die Anzahl der Vereinszahl und eine Ergänzung neuer Vereinsmitglieder vorhanden. Während der Arbeiter-Turn- und Sportbund das gesamte Terrain allmählich wieder aufbauen konnte, sind doch bei dem größten Teil des Bundes vom Jahre 1925 bis zum ersten Quartal 1928 bereits 78 585 Mitglieder neu gewonnen worden (dabei ist das Steigen der Mitgliederzahl nicht angegeben) hatte die Deutsche Turnerschaft bis zum Jahre 1927 ein zwar massives aber höchstens sinken ihrer Mitgliederzahlen zu verzeichnen, und erst im letzten Jahre ist, nach der Statistik des A.T.S., ein kleiner Anstieg zu verzeichnen.

Am Jahrbuch 1927 der Deutschen Turnerschaft wird über den Rückgang folgendes berichtet:

Wie steht nun dieser Rückgang tatsächlich aus? Wenn bei mehr als 1 1/2 Millionen Vereinsangehöriger nur 23 276 weniger gezählt werden als im Vorjahre, so fällt das nicht ins Gewicht. Bedenklicher ist, daß schon im Vorjahre die Zahl um 11 670 gesunken war und daß der Verlust die Zahl der Männer am stärksten trifft.

Jahr	Männer	Abnahme
1922	19 286	7 393
1923	33 702	48 071
1924	31 760	48 511
1925	23 276	40 597

Von 1922 bis 1925 haben also 144 572 deutsche Männer die Deutsche Turnerschaft verlassen. Diese Zahl tritt in der allgemeinen Statistik der Deutschen Turnerschaft nicht so krass in Erscheinung, da sie so ziemlich wettgemacht wurde durch den Eintritt von weiblichen Mitgliedern, von Jugendlichen und Kindern. Der Rückgang der Deutschen Turnerschaft ging von 1922 = 1 669 475 bis 1925 auf 1 600 023. Das Jahr 1927 bringt wieder einen Zugang von Mitgliedern.

Der Mitgliederrückgang des Arbeiter-Turn- und Sportbundes war in den Krisenjahren viel härter als bei der Deutschen Turnerschaft, er war jedoch allgemein. Die Verluste an männlichen Mitgliedern ist nicht größer, als die der Frauen, Jugendlichen und Kinder. Zwar können wir auch beim Bund einen Rückgang der männlichen Turnisten feststellen, deren Ursache aber keinesfalls auf Austritte aus dem Bund, sondern auf Hinübergehen in andere Sparten zurückzuführen ist, so daß durch eine prozentuale Steigerung des Fußballsports, des Sports und des Wassersports gegenüber der Turnerschaft stattfinden konnte. Vom 1. Januar 1925 ging es dann beim Arbeiter-Turn- und Sportbund wieder in die Höhe. Immerhin erweist die Gesamtzahl der Deutschen Turnerschaft noch gewaltig gegenüber dem Arbeiter-Turn- und Sportbund. Wohl ist die Mitgliederzahl ein Gradmesser für die Stärke einer Organisation, es kommt aber im organisatorischen Leben darauf an, daß die Mitglieder nicht auf dem Papier stehen, auch nicht darauf, daß die Turnerschaft durch Förderbeiträge erlaubt wird, sondern daß sie aktiv tätig sein, damit die Bewegung auch ihren Zweck erfüllt. In dieser Hinsicht ist die Arbeiter-Turn- und Sportbewegung vorbildlich. In ihr gibt es aktive Mitglieder, die mit ganzer Seele an die Bewegung arbeiten, die wieder die Zeit und finanzielle Opfer bringen. Großen hat die Arbeiter-Turn- und Sportbewegung aus eigener Kraft geschaffen, vom Idealismus der Mitglieder getragen, ist ein Faktor im Lebensinteresse des Proletariats geworden.

Kann die Deutsche Turnerschaft die aktiven Kräfte aufweisen, wie es im Arbeitersport der Fall ist? Wer die Bewegung kennt, weiß, daß in der Deutschen Turnerschaft die passiven bei weitem die aktiven Mitglieder überwiegen, gehört es doch in vielen Orten zum sogenannten guten Ton, Mitglied der Deutschen Turnerschaft zu sein. Wie recht die Arbeiter-Turn- und Sportbewegung ist, die keine Mitgliederzahl in der angegebenen Höhe zu bezweifeln, zeigt sich aus einem Angebot einer Versicherungsgesellschaft vom 1. August 1925, aus dem wir folgendes entnehmen:

Wir haben mit der Deutschen Turnerschaft eine Kollektiv-Versicherungsabmachung abgeschlossen, der die größere Zahl der beteiligten Turnkreise angeschlossen ist. Prämienzahl sind nicht nur die aktiven, sondern auch die passiven Mitglieder. Wir finden nicht nur in der Zahl der Versicherten, sondern auch dadurch einen Ausgleich in der Prämie, daß die passiven Mitglieder zur Prämienzahlung mit herangezogen werden. Ferner ist zu berücksichtigen, daß zwei Drittel der Passiven und ein Drittel der Aktiven der Gesamtmitglieder ausmachen.

Also zwei Drittel der Deutschen Turnerschaft sind nach diesem Schilde passive Mitglieder. Wir haben keine Ursache, daran zu zweifeln, es ist sehr interessant, beständig zu sehen, was von den Arbeitersportlern stets bekannt wurde. Stellen wir das aktive Drittel der Deutschen Turnerschaft dem Arbeiter-Turn- und Sportbund gegenüber, dann ergibt sich, daß der Arbeiter-Turn- und Sportbund nicht hinter der Deutschen Turnerschaft zurückbleibt, sondern diese an aktiven Mitgliedern überflügelt. Darin liegt aber gerade der Wert der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung, sie besteht nicht aus Millionen und Sensationsschülern, sie hat nicht finanziell-tätige Gönner, wie das beim bürgerlichen Sport der Fall ist, sondern aus eigener Kraft leistet sie Großes. Gewaltiges im Interesse der Hebung der Volksgesundheit, stellt sie ihre ganze Kraft und das Können in Dienste der Arbeiterklasse. Der Arbeitersport kann sehr wohl einen Vergleich mit dem bürgerlichen Sport ausfallen, er braucht sich nicht kleiner machen, als er ist, denn diese Behauptung nützt nur dem Gegner.

Eine feine Bilanz

Der Deutsche Fußballbund, die oberste Behörde der deutschen bürgerlichen Fußballwelt, bildet schon seit langem einen Zustand grausamer Spottereien der amtlichen Organe der einzelnen deutschen Fußballverbände; man wird dieser Behörde vor ihre Vorstandsmittelglieder seien. Aber man will nicht, wo die Behörde mit dem vielen Geld bleibt und das derlei unbeantwortet liegende Annehmlichkeiten mehr sind. Seit hat der Deutsche Fußballbund seinen Jahresbericht für 1927/28 herausgegeben und zum ersten Male ist etwas wie eine detaillierte Geldrechnung vorgelegt. Diese Bilanz ist sehr

interessant. Die Einnahme im Berichtsjahr wird mit rund 365 000 Mark angegeben. (Die jährliche Normaleinnahme beträgt rund 450 000 Mark.) Von diesen Einnahmen von rund 365 000 Mark hat der Bund allein für seine Geschäftstätigkeit 55 000 Mark ausgegeben; davon waren Gehälter 32 000 Mark! Für die Jugendpflege gab der Bund sage und schreibe den einzigen Betrag von 22 553 Mark aus. Das ist noch nicht einmal die Hälfte von dem, was die Unterhaltung seiner Geschäftsstelle kostete, ja es ist noch fast 10 000 Mark weniger als das, was allein die Gehälter verfrachten! Weiter: Der Bundesvorstand hat für sich und seine allgemeinen Ausgaben 20 000 Mark ausgegeben; die Sitzungen der Ausschüsse kosteten weitere 12 000 Mark. Zusammengekommen sind für sportliche Zwecke rund 100 000 Mark ausgegeben worden; der gewaltige Betrag von 264 000 Mark ist anderweitig draufgegangen.

Eine famose Bilanz. Es glaubt ja schon längst kein Mensch mehr, daß der deutsche bürgerliche Fußballbetrieb auch nur irgendwie noch etwas mit Amateursport zu tun hat. Diese neueste Rechnungslegung reißt auch dem letzten Zweifler den Schleier von den Augen. Das Ergebnis an der Angelegenheit ist aber, daß der Verband amtlich als Amateurbund gilt und in dieser Eigenschaft von staatlichen Abgaben befreit ist.

Die Techniker der S.A.S.F. arbeiten

Unermüdlich ist der technische Ausschuss der Sozialistischen Arbeiter-Sportinternationale tätig, um den turnerischen und sportlichen Betrieb in den Landesverbänden auf immer höhere Stufen zu bringen. Der internationale Gymnastikkongress im August 1928 an der Arbeiter-Turn- und Sportkulturschule in Leipzig war in der technischen Arbeit der S.A.S.F. ein Meilenstein. Auch auf technischem Gebiete klafft zwischen der Sozialistischen Arbeiter-Sportinternationale und den bürgerlichen internationalen Sportverbänden eine breite Kluft. Während im bürger-

Gymnastik und Wintersport

In den letzten Jahren hat der Wintersport auch in Arbeiterkreisen immer mehr Anhänger gewonnen. Der Sport im Winter ist mit verchiedenen beträchtlichen Schwierigkeiten verbunden. Kälte und Eislauf werden zwar dem einigermaßen Gewandten keine große Schwierigkeiten bereiten. Aber schon beim Skisport ist größte Aufmerksamkeit in der Vorbereitung erforderlich. Die körperliche Eignung bestimmt hier die Art der Ausbildung. Der Körper muß fest, gelockert und gleichzeitig sein, um sich in freier Beherrschung allen Situationen schnell anpassen zu können. Kein zwangsmäßiges Anspannen, Verbärten oder gar Verkrampfen der Muskeln kann bei dem Skilauf immer auftretenden schwierigen Lagen helfen, sondern nur Schwungkraft und feste Beherrschung des Körpers. Sogar im Schwung und noch mehr im Sprung kann eine neue Situation blitzschnelles Anpassen erforderlich machen. Mit dem einfachen Trodenkurs kommt man in der Vorbereitung also auch hier nicht aus.

Wer schon vorher Leibesübungen betrieb und seinen Körper beherrschend lernte, wird es zur Erlernung der Skifahrt leichter haben. Er wird immer wieder den rechten Maß für das Notwendige in der laufenden Fahrt von weichen Verhängen abwärts oder durch den schneebedeckten Winterwald finden. Anders ist es mit denen, die sich im sportlichen Leben nur recht selten zu ausstehen und aller Zwang in der körperlichen Bewegung abwerten können. Das Skilaufen ist aber die Kunst der Beherrschung des Körpers und der geschickten Schwerpunktverlegung. Nur enghes Vertrauen mit dem Gelehen der Körperbewegung und einer wohlbedachten Körperkultur kann den Skisport auch für größere Kreise zum born lebendigen Wintersports machen.

Eine gute Hilfe auf diesem Wege ist dem Arbeitersportler die moderne Gymnastik. Das „System“ trieb dabei eine

lichen Sportlager jeder Verband nach seiner Fassung fertig wird und technische Errungenschaften wie Geheimnisse hütet, sind die Erfahrungen der Arbeitersportverbände Gemeingut ihrer Internationalen. Das entspricht ganz der sozialistischen Weltanschauung und ist zum Nutzen aller Arbeitersportler.

Die internationalen Tauschschiffe der S.A.S.F. kommen Anfang 1929 zu erneuten Beratungen zusammen, und zwar der Tauschschiff für Fußball im Januar in der Arbeiter-Turn- und Sportkulturschule in Leipzig, für Wintersport im Februar in Muzsaszilag in Oesterreich, dort wo im Winter 1928/29 das zweite Winterolympia der S.A.S.F. stattfand. Die Tauschschiffe für Leichtathletik und Handballspiele und der technische Zentralauschuss der S.A.S.F. tagen im Februar in Wien.

Der Deutsche Arbeiter-Turn- und Sportbund hat beschlossen, seine Wettkämpfe zum 2. Bundesfest 1929 in Nürnberg international auszuführen. Das Fest soll in seinem Ausmaß und in seiner Macht alle bis jetzt abgewiesenen Verbände- und internationalen Sportveranstaltungen überbieten. Die Organisation ist schon seit langer Zeit im Gange und befindet sich in bewährten Händen.

Neue Naturfreundeheime

In Rüstingen-Wilhelmsbaven wurde dieser Tage in Gegenwart der städtischen Behörden ein neues Ferienheim der Rüstinger Naturfreunde eingeweiht. Das Heim führt den Namen „Nordseestrand“. Aus dem ehemaligen städtischen Kinderheim ist hier durch den Opferwillen der Mitglieder eine schöne Stätte für die Allgemeinheit, besonders für die Jugend, geschaffen worden. Gerade den Binnentländern ist damit Gelegenheit gegeben für billiges Geld ihre Ferien am rauhen, aber schönen Nordseestrand zu verbringen. Anlässlich der Einweihung fand in Rüstingen eine Bezirkskonferenz der Naturfreunde aus Oldenburg-Niederlande statt. Die Rüstinger Ortsgruppe der Naturfreunde besitzt ein zweites Heim im Feseler Umland.

Die Brandenburger Naturfreunde haben vor einigen Tagen den Grundstein zu einem neuen großen Ferienheim am Uebersee bei Eberswalde gelegt. Es dürfte das 100. Heim der Naturfreunde werden.

untergeordnete Rolle. Man sollte überhaupt in Arbeiterkreisen nicht auf alle ausgedehnten Spitzfindigkeiten, wie sie sich von bürgerlicher Seite her auch im sportlichen Leben bereits bemerkbar machen, hereinfallen. Notwendig ist vorerst, daß überhaupt Gymnastik mit zum wichtigsten Betätigungsfeld in der Arbeiter-Sportbewegung wird. Ein geschickter Sportleiter wird dann bald den für seine Sportart zuträglichsten Weg der praktischen Arbeit finden. Im Arbeiter-Turn- und Sportbund wird seit langem diesem Gebiet besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Aber insbesondere auch die Arbeiterjugend in ihren Gruppen und die Naturfreundejugend widmen einen großen Teil ihrer Arbeit der freien Körperkultur. Das ist gut, denn hier werden nicht nur einfach körperliche Kräfte und Fähigkeiten geübt, sondern durch ständige gemeinsame Mitarbeit lernt man bald sein ganzes körperliches Ich erkennen. Diese Erkenntnisse sind dem Sportler besonders in Krankheitsfällen äußerst dienlich; auch tritt in erhöhtem Maße ein gewisses Körperbewußtsein in den Vordergrund, das eigene Betätigungsmöglichkeiten und eigene körperliche Energien klar erkennen läßt. Das aber ist wiederum wertvolle Vorbedingungen für die geistliche Durchdringung des Skiwanderns, denn nur ein Wandern, nie ein Wettkampf soll die Situation für den Arbeitersportler sein.

Für jeden Wintersportler wird es immer gut sein, schon im Sommer an die Vorbereitung der Winterarbeit zu denken und sich durch Gymnastik und sonstige körperliche Übungen auf diese Arbeit einzustellen. Der Arbeiter-Turn- und Sportbund und der Touristenverein „Die Naturfreunde“ werden auch in diesem Falle immer bereits Helfer zu sein.

Sport des Sonntags

Breslau, den 12. November 1928.

Fußball.

Schlesische Spielvereinigung

Zum Vorrundenspieler um die Kreismeisterschaft trafen sich in Görlitz, Friedrichplatz, Wacker I, Görlitz — Vorwärts I, Haynau, 1:2 (0:1). Nach Anstos Wackers folgte ein äußerst nervöses Spiel. Nach 15 Minuten Spielverlauf muß der Mittelfürer Wackers durch Knieverletzung ausscheiden, das hatte zur Veranlassung, daß Wacker sich nicht zusammenfinden kann, Vorwärts die Schwäche ausnützend, drängt dauernd, und kurz vor Halbzeit können sie den ersten Erfolg erringen. Nach Wiederanstoß gelingt durch Alleingang des Linksaußen und guter Flankenvorlage nach halbrechts der Ausgleich. Von beiden Seiten wird nun unermüdlich um den Sieg gerungen, bis durch einen Zusammenstoß des linken Verteidigers Wackers mit dem Mittelfürer Haynau eine halbe Stunde vor Schluß ersterer ausscheidet. Mit 9 Mann auf Seiten Wackers, hatten selbige nur noch durch vereinzelt Alleingänge das Spiel offen. Durch Bedrängung eines Haynauer Spielers kommt S. zu einem Eismeter, welcher verwandelt wird. Gleich darauf erlöset der Schlußpfiff.

West I — Oswig I 6:1. Mit Anstos von West entwidelt sich ein flottes Spiel, auf beiden Seiten wird technisch gut zugepaßt und auch abgedeckt. In der zehnten Minute wird eine Flanke von links vom Rechtsaußen von West zum ersten Tor verwandelt. West ist leicht überlegen, und fünf Minuten später ist ein Linksaußen, der den zweiten Erfolg bringt. In der 18. Minute bucht Oswig durch den Mittelfürer den einzigen Erfolg, und sind im Anschluß daran überlegen, können aber die Hintermannschaft von West nicht überwinden. Vor der Pause erzielt der Halbrechte von West den dritten Treffer.

Mit Wiederanstoß ist Oswig für zehn Minuten in Wests Hälfte, aber der ungenau spielende Sturm kann nichts erzielen. Zehn Minuten darauf ist es wieder Linksaußen, der das vierte Tor erzielt. Oswig spielt nur noch mit zehn Mann, weil der Halbrechte unter die Zuschauer gehen mußte. Das Spiel wird scharf, der Schiedsrichter greift aber energisch durch. Oswig bekommt einen Straßstoß, der aber daneben getreten wird. Fünfzehn Minuten vor Schluß erzielt der Mittelfürer das fünfte Tor. Zehn Minuten vor Schluß schießt Rechtsaußen eine Ecke, welche von Linksaußen verwandelt wird; kurz vor Schluß schießt der Schiedsrichter den linken Läufer von West nach der Umkleidekabine. Resultate:

West II — Oswig II	3:0
West III — Oswig III	2:1
West 1. Jgd. — Wratzlawia 1. Jgd.	3:1
West 2. Jgd. — Freiheit 2. Jgd.	1:0

Die Zentralkommission für Arbeitersport, und Körperpflege hält am 20. und 30. Dezember d. Js. eine Tagung der preussischen Landeskartell-Vertrags in Berlin ab. Für diese Tagung hat die preussische Regierung eine Beihilfe von 1000 Mark bewilligt.

Handballberichte vom Sonntag

Bei herrlichem Handballwetter nahm die Serie ihren Fortgang. In der A-Klasse gelang es der 7. Abteilung, nach überlegenem Spiel, der 6. Abteilung I eine hohe Niederlage zu bereiten. Im Stadion standen sich Poseidon I und die 5. Abteilung gegenüber. Nach abwechslungsreichem Kampfe siegte die 5. Abteilung erst in der letzten Minute. Auf dem V.H.-Platz in Hochborn weichte Gandau zu Gäste und mußte Sieg und Punkte Hochborn überlassen. Bei der B-Klasse mußte 7. Abt. II alles herausgeben, um gegen 8. Abt. I knapper Sieger zu bleiben. 1925 I gewann über 6. Abt. II nach Belieben. Nordost I holte sich von der 1. Abt. II die Punkte kampflös. 1897 I und 5. Abt. II trennten sich unentschieden. In der D-Klasse heftigste die 8. Abt. II über 1928 I weiter ihre Spitzenstellung. 1925 III und 7. Abt. III teilten sich die Punkte. Bei der A-Jugend konnte 7. Abt. I der guten 6. Abt. I eine Niederlage bereiten. Poseidon I — 5. Abt. I trennten sich unentschieden. 4. Abt. I holte sich von der 1. Abt. I die Punkte kampflös. In der Jugend B sowie bei den Sportlerinnen wurden nur knappe Resultate erzielt.

Montag, den 12. November, 20 Uhr, bei Hanke, Leuthenstraße 36: Spiel ausführung. Der Odmann.

Resultate:

A-Klasse:

7. Abt. I — 6. Abt. I	7:1 (4:1)
Poseidon I — 5. Abt. I	3:4 (2:2)
Fichte Hochborn I — Gandau I	4:1 (3:0)

B-Klasse:

1925 I — 6. Abt. II	10:2 (4:0)
8. Abt. I — 7. Abt. II	1:2 (1:1)
Nordost I — 1. Abt. II	kampfl. f. Nordost
1897 I — 5. Abt. II	2:2 (2:2)

D-Klasse:

1925 III — 7. Abt. III	0:0 (0:0)
Nordost II — 7. Abt. IV	1:0 (1:0)
8. Abt. II — 1928 I	2:1 (1:1)
4. Abt. II — 9. Abt. I	1:0 abgebr. f. 9. Abt.

Jugend, A-Klasse:

7. Abt. I — 6. Abt. I	7:5 (5:2)
Poseidon I — 5. Abt. I	2:2 (2:2)
4. Abt. I — 1. Abt. I	kampfl. f. 4. Abt.

Jugend, B-Klasse:

Fichte Hochborn I — 8. Abt. I	3:1 (2:0)
Deutsch-Lissa I — Neutirch I	5:3 (3:2)
Nordost I — 1897 I	3:2 (3:1)
9. Abt. I — Poseidon II	1:0 (1:0)

Sportlerinnen, A-Klasse:

Nordost I — Neutirch I	kampfl. f. Nordost
------------------------	--------------------

Sportlerinnen, B-Klasse:

8. Abt. II — W.A. I	1:0 (0:0)
Silesia-Riders I — Freiheit I	1:1 (1:0)
West I — 4. Abt. II	2:0 (0:0)
Deutsch-Lissa I — 2. Abt. I	1:0 (1:0)

Serienkämpfe im Ringen

Freie Sportvereine „1897“ Bezirksjugendmeister. Die geistigen Mannschaftenkämpfe in der Vestingurnhalle...

Jugend. Arbeiter-Vfhl.-Verein - Jugendkraft, Borrd. 9:7, Rückd. 9:7. Freie Sportvg. „1897“ - Herold, Borrd. 15:1, Rückd. 14:2...

Männer B-Klasse. Fr. Sportvg. „1897“, 1B - „1897“, 11B, Borrd. 10:2, Rückd. 12:0. Männer A-Klasse. Arb.-Athleten-Verein - Jugendkraft, Borrd. 8:6, Rückd. 8:6...

Kreisvorstandsjahung der Athleten

Im Volkshaus zu Liegnitz fand am letzten Sonntag eine erweiterte Kreisvorstandsjahung statt, an der auch die Bezirke...

Die am 4. November in Liegnitz versammelten Bezirksleiter, sowie der Kreisvorstand des 1. Kreises vom U.-V.-B., sind sich nach längerer ergiebiger Debatte darin einig...

Unter Kreisangelegenheiten wurden die Bezirke erucht, ausführliche Tätigkeitsberichte vor Jahreschluss einzulenden. Anträge des 2., 4. und 6. Bezirks wurden dem am 21. Januar 1929 tagenden Kreistage überwiesen...

Praktischer Schulungsabend im Pressewesen

Am Donnerstag, dem 15. November, 19.30 Uhr, findet in der Volkswacht, Finturstraße 16, für alle tätigen Berichterstatter, sowie sonstigen geschäftlichen und technischen Funktionäre...

Trodenturfus des Arbeiter-Stilkubs

Sonnabend, den 17. November, findet die erste Übungskunde für Anfänger statt. Ort und Zeit wird noch bekanntgegeben. Für Gnostinnen und Genossen, welche keine Stir besitzen...

Handball-Serienspiele am Samstag

(Die Reihenfolge bedeutet: Zeit; Verein; Platz; Schiedsrichter.) Männer A-Klasse: 9.40: 2. Abt. - 1. Abt.; Helmutwiese; Frisch II, Kenjchin I. 13.00: Gaudau - 5. Abt.; Gaudau; Frisch I, Wyrumba...

Jugend A-Klasse: 8.30: 2. Abt. - Gaudau; Helmutwiese; Hegel, Schlegel. 9.00: 7. Abt. II - 1. Abt.; Eichenpart; Rausch, Schiewed. 9.30: Poseidon - 6. Abt.; Stadion; Müller, Grünig. 13.30: 4. Abt. - 7. Abt. I; Lohewiese; Klose, Bergander. Jugend B-Klasse: 8.00: Poseidon - Nord-Ost I; Stadion; Krause, Neumann; 9.00: 1897 - 8. Abt.; Lohewiese; Wachmann, Regahl; 9.00: Deutsch-Lissa - Nord-Ost; Klein-Heidau; Zahn, Gabriel; 13.30: 9. Abteilung - Mochnern; Sebelpart; Bassalig, Scholz; Sportlerinnen B-Klasse: 14.00: Einigkeit - 2. Abteilung; Groß-Mochnern; Fabian, Striegel; 14.30: 3. Abteilung - Freiheit; Oswig; Wallenburg B, Tiegel; 14.00: 4. Abteilung - Deutsch-Lissa; Eichenpart; Hubrich, Mahler; 14.00: Eichenpart - R. P.; Stadion; Gahr, Würfel; In der B-Klasse spielt ferner 1. Abteilung - 5. Abteilung, um 10 Uhr, im Eichenpart. Schiedsrichter sind: Schönfeld, Gahse.

Handball-Serienspiele am Sonntag, den 18. November

(Die Reihenfolge bedeutet: Zeit; Verein; Plat; Schiedsrichter.) Männer A-Klasse: 9.40: Mochnern - Poseidon; L.-S.-B.; Riebel, Tiegel. 10.50: 7. Abt. - 5. Abt.; Eichenpart; Frisch I, Wyrumba. 14.40: 2. Abt. - Gaudau; Helmutwiese; Nagel, Tchan. 14.40: 6. Abt. - 1. Abt.; Tchanich; Schmalisch, Bergander. Männer B-Klasse: 9.40: 7. Abt. - 1897; Eichenpart; Frisch I, Wyrumba. 9.40: 8. Abt. - 5. Abt.; Helmutwiese; Schönfeld, Wallenburg B. 10.00: 6. Abt. - Nord-Ost; Oswig; P. Wallenburg, Tiegel. 13.30: 1. Abt. - 1925; Eichenpart; Kallusa, Peshel. Männer C-Klasse: 10.20: 1925 - 2. Abt.; Oswig; Müller, Scholz. 10.50: Mochnern - Poseidon; L.-S.-B.; Riebel, Tiegel. 14.40: 4. Abt. - Gaudau; Lohewiese; Echnaf, Nowarre.

„Einheits“-Förderer in Finnland

Der Metallarbeiter-Verband verbietet Mitgliedern beim T.U. zu starten. Die kommunistischen Umtriebe im finnischen Arbeiterport befinden sich in einem fortgeschrittenen Stadium als in Deutschland. In ihrer Auswirkung bieten sie herab die Beispiele dafür, wie es im deutschen Arbeiterport leicht hätte kommen können, wenn nicht die Arbeiterportverbände, Gewerkschaften und Kulturorganisationen der kommunistischen Wählererei Halt boten. Wie in Deutschland, so ist auch der finnische Arbeiterportverbände die Spartakadeteilnehmer aus. Im Anschluss an die Spartakade spielte eine von Stockholm kommende russische Fußballmannschaft gegen die finnische Spartakadememannschaft. Ohne Wissen des T.U. (Arbeiterportverbände)-Vorstandes war im Namen des unter kommunistischer Leitung stehenden Sportvereins „Jorn“ Sessingfors der Spielplatz dazu für den T.U. bestellt, ebenso für den T.U. die polizeiliche Erlaubnis erteilt worden. Der T.U.-Vorstand hatte keinen Mitgliedern verboten, an dem Spiel teilzunehmen. Zuwiderhandelt wurde 6 Monate disqualifiziert.

Männer D-Klasse:

9.00: Nordost - 9. Abt.; Oswig; Müller, Scholz. 13.30: 4. Abt. - 8. Abt.; Lohewiese; Echnaf, Nowarre. 14.30: 1928 - Deutsch-Lissa; Stadion; Wachmann, Regahl. 14.40: 7. Abt. IV - 1925; Eichenpart; Kallusa, Peshel. Jugend A-Klasse: 8.30: 7. Abt. I - 5. Abt.; Eichenpart; Hubrich, Mahler. 13.30: 6. Abt. - 1. Abt.; Tchanich; Schmalisch, Bergander. 13.30: 2. Abt. - 4. Abt.; Helmutwiese; Tchan, Nagel. 13.30: 7. Abt. II - Poseidon; Eichenpart; Gahr, Würfel. Jugend B-Klasse: 8.30: Mochnern - Poseidon; L.-S.-B.; Büttner, Bräuer. 8.30: 8. Abt. - Deutsch-Lissa; Helmutwiese; Schönfeld, Wallenburg B. 10.00: 9. Abt. - Neukirch; Sebelpart; Neumann, Krause. 13.30: Nordost I - Nordost II; Oswig; Schubert, Kenjchin II. Sportlerinnen A-Klasse: 14.00: Bratislavia - 3. Abt.; Lauterbachplatz; Rausch, Quars. Sportlerinnen B-Klasse: 14.40: 3. Abt. - Deutsch-Lissa; Oswig; Nordost-Platz; Schubert, Kenjchin. 14.40: 4. Abt. - Freiheit; Eichenpart; 1. Abt.-Platz; Gahr, Würfel. 14.00: Einigkeit - West; Groß-Mochnern; Reichard, Koch.

Fußball

Nieder-Lausitz - Breslau

Ein Spiel allerersten Ranges steht der Breslauer Arbeiterportlerchaft und deren Anhänger am 21. November (Samstag) auf dem V.L.-Platz in Klein-Gandau bevor. Der Bezirksleitung des Breslauer Bezirks ist es gelungen, die Kreismannschaft des 16. Kreises zu einem Wettspiel zu verpflichten. Der Mannschaft geht ein äußerst guter Ruf voraus. In internationalen Spielen hat sie ihr Können unter Beweis gestellt und günstige Resultate erzielt. Die Breslauer Stadtmannschaft, die in härtester Belegung antritt, sollte es nicht leicht haben, einen Sieg zu erringen. Es sollte ein Spiel werden, das die Anziehungskraft auf die Breslauer Arbeiterportlerchaft nicht verfehlen dürfte. Die Aufstellung und Aussehen der einzelnen Mannschaften folgt demnach. Da die Eintrittspreise vollständig gehalten sind, sollte sich niemand dieses Spiel entgehen lassen, und die Worte am Spitzlauter: Auf nach dem V.L.-Platz, Klein-Gandau, zum Fußballwettkampf Nieder-Lausitz - Breslau.

Fußball

Gesellschaftsspiele für den 18. November

(Die Reihenfolge bedeutet: Zeit; Verein; Platz; Schiedsrichter.) 14.30: Sportfreunde I - Einigkeit I; Zantholzweide; Bartisch. 13.00: Sportfreunde II - Einigkeit II; Zantholzweide; Ulrich Fr. 9.00: Sportfr. III - Einigkeit III; Zantholzweide; Sauer W. 10.30: Sportfreunde 1. Jgd. - Einigkeit 1. Jgd.; Zantholzweide; Gerlinger. 9.00: West 1. Jgd. - Freiheit 1. Jgd.; Eichenpart; Samvel. 10.00: R. P. II - Wader II; Herrmannsdorf; Reinert. 10.00: Wader III - Stern III; Sebelpart; Sebel Er. 14.30: Hundsfeld I - Fr. Sportfreunde Ib; Hundsfeld; Freudenbera. 15.00: Vorwärts I - V.L. Vels I; Stadion; Thamm. 14.00: Union I - V.L. II; Deutsch-Lissa; Malgahn. 12.30: Union II - V.L. II; Deutsch-Lissa; Serinet. 10.30: Union III - V.L. III; Deutsch-Lissa; Secht. 9.30: Union 2. Jgd. - V.L. 2. Jgd.; Deutsch-Lissa; Verein. 8.30: Union Schüler - V.L. Schüler; Deutsch-Lissa; Verein. 14.30: Bratislavia I - Freiheit I; Lauterbachplatz; Engel. 13.00: Bratislavia II - Eiche Trebnitz II; Lauterbachplatz; Gründel Fr. 12.00: Bratislavia 1. Jgd. - Eiche Trebnitz 1. Jgd.; Lauterbachplatz; Sommerfr. 14.30: Südoit I - R. P. II; Klettendorf; Kronig. 13.00: Südoit II - R. P. II; Klettendorf; Heberichar. 10.00: Südoit III - R. P. III; Klettendorf; Berndt. 11.00: Sil.-Riders 1. Jgd. - Südoit 1. Jgd.; Stadion; Blohning R. 10.00: Sil.-Riders 2. Jgd. - Südoit 2. Jgd.; Stadion; Garbos. 11.00: V.L. 1. Jgd. - 1921 I. Jgd.; Gaudau; Genarich. 9.00: Sportfreunde III - V.L. IV; Zantholzweide; Schwante. 15.00: Stern I - 1921 I; Gräbichen; Kühndel. 13.30: Stern II - 1921 II; Gräbichen; Fröhlich. 10.00: Stern III - 1921 III; Gräbichen; Schwärzer. 14.00: West Alte Herren - Sportfreunde Alt-Herren; Eichenpart; Wende.

Fußball

Tabelle der 1. Mannschaften der C-Gruppe

Table with 5 columns: Verein, Spiele, Gew., Verl., Unentf., Torverh., Punkte. Rows include R.P., Otajoin, Oswig, 1921, Strehlen, Nord, Vorwärts, Tasmania.

Tabelle der 2. Mannschaften der C-Gruppe

Table with 5 columns: Verein, Spiele, Gew., Verl., Unentf., Torverh., Punkte. Rows include R.P., 1921, Otajoin, Strehlen, Oswig, Vorwärts, Tasmania.

Ein vollständiges Schwimmfest

bringt am Sonntag, dem 18. November, 15 Uhr, im Breslauer Hallenschwimmbad der Schwimmverein „Poseidon“ C. B. zur Schau. Die reichhaltige Programmfolge wird durch einen Reigen der männlichen Jugend eröffnet. In hundert Reihenfolge werden Streifen- und Einzelchwimmer für Männer, Frauen und Jugendliche die technischen Fortschritte der Mitglieder zeigen. Durch die Anwesenheit des Vereins in Abteilungen und spannenden Wettkämpfe zu erwarten. Die Abteilung Nord wird ihren stärksten Konkurrenten in der Abteilung West erblicken. Ebenso werden die Wasserballspiele abteilungsweise ausgetragen. Die Wettkämpfe erreichen genügend Abwechslung durch einen Dreikampf für Wasserballspieler, Springen, Kegelschleudern und Tauchen der Männer und Frauen. Eine besondere Programmnummer: Humor beim Schwimmen, wird die Aufmerksamkeit der Zuschauer in Tätigkeit setzen. Gemeindefestungen der Männer werden die Vollkommenheit im Schwimmen demonstrieren und ein Fußballspiel der Knaben wird die Fixität derselben im Wasser zeigen. Programme sind ab Sonnabend, den 10. November, bei den Mitgliedern in der Sportzentrale, Friedrich-Wilhelmstraße, und an der Filmloche im Gewerkschaftshaus am Freie von 50 Pf. und 80 Pf. zu haben.

Notizen.

Zum Genesewettkampf Thüringen, Sankt und Schiefen am Totenfest sind die Programme für den Vorverkauf zu haben in der Sportzentrale, Friedrich-Wilhelm-Strasse 69, Kinokasse Gewerkschaftshaus, Arbeiter-Sport-Kartell, Zimmerstraße 1, und in allen Abteilungen der freien Turnerschaft Breslau.

In einem Schreiben an den T.U.-Vorstand hat darauf der Metallarbeiter-Verband gefordert, Ausschüsse und Disqualifikationen gegenüber seinen Verbandsmitgliedern rückgängig zu machen, wenn nicht, so er sich gezwungen, seinen Mitgliedern die Teilnahme an Veranstaltungen des T.U. auf ein Jahr zu verbieten.

Dem Metallarbeiter-Verband ist geantwortet worden, dass es von jeder Grundhaft der finnischen Arbeiterportorganisationen war, sich nicht gegenständig in ihre Aufgaben hineinzumischen und das Ansehen wurde abgelehnt. Wenn dem T.U. Konkurrenz aus irgend welchen Gründen gemacht wird, hat er das Recht zu entscheiden, ob sich seine Mitglieder daran beteiligen oder nicht. Die Schuldigen werden als T.U.-Mitglieder betrachtet und dieser Eigenschaft behandelt.

Trotz der Gefahr, wie Streikbrecher von ihrem Verband behandelt zu werden, haben Metallarbeiter in einer repräsentativen Fußballmannschaft der T.U. mitgewirkt. Mit der Drohung der Metallarbeiterverbände das Signal gegeben zum weiteren Zusammenschluss der T.U.-treuen Mitglieder.

5. Jugend- und Männer-Abteilung R.T.B. 16. November, abends 8 1/2 Uhr: Abteilungsverammlung, Barischstraße 6, Turmstr. fällt aus.

Handball, Schiedsrichter: Kurlus Am Mittwoch, dem 14. November, findet der erste Kurzusabend bei Hans, Leuthenstraße 36, um 20 Uhr, statt. Meldungen werden dort noch entgegengenommen.

Handball, Montag, den 12. November, 20 Uhr, findet bei Sarric, Leuthenstraße, eine Haupt-Spielabendveranstaltung statt. Dazu Gebr. Schwitale (Nordost) und Schiefner (1897). Freie Sportvereine „1897“, Werbeveranstaltungen am Toten Sonntag in Bräuers Etablissement, Gabisstraße 22.

Freie Rudervereine Breslau C. B. Dienstag, 12. November, ab 18 Uhr: Bootsausdienst für alle Mitglieder. Jugend-Abteilung desgleichen. Anschließend, 20 Uhr im Gewerkschaftshaus: Monatsversammlung.

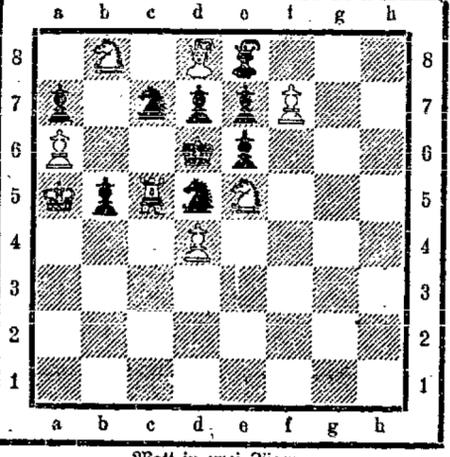
Arbeiter-Athleten-Bund, Bezirk Breslau. Die Vereine werden erucht, vorzubereiten, daß die Generalversammlungen sämtlich im Jahre 1928 stattfinden, um dem im Januar tagenden Bezirks- und Kreistag, einen arbeitsfähigen Vorstand vorweisen zu können.

Arbeiter-Radfahrer-Verein Breslau, 5. Abteilung, Dienstag, den 13. November: Wichtiger Abteilungsabend. „Naturfreunde“-Jugend, Theatervorstellung am Toten Sonntag fällt aus. Der dafür diese Woche ins Thalia-Theater gehen will, muß Dienstag um 9 Uhr im Tanzkreis, Wüchstraße, sein.

Schach.

Beitrag vom Arbeiter-Schachverein Breslau. Aufschreiben sind zu richten für Problemteil an R. Kitzner, Breslau 17, Böbelwischstraße 22; für Partienteil und Diagrammfragen an F. Lux, Breslau 6, Weltendstraße 74. Breslau, den 12. November 1928.

Problem Nr. 148. R. Kitzner, Breslau (Original).



Matt in zwei Zügen. Kontrollstellung: Weiß: Ka5, Tc5, Lds, Sb8, e5, Ba6, d4, 17. Schwarz: Kd6, Le8, Sc7, d5, Ba7, b5, d7, c6, e7.

Lösungen: Endspiel Nr. 8. 5. Rinf. 1. Sa4-b6+, Ka8-a7. (Wenn Ka8-b6 so folgt 2. Sb6-a7 mit Figurengewinn!) 2. Sb6-d5! In diesem Zug liegt die Pointe! Der Käufer 16 muß ziehen aber wohin? Ueberall geht er durch S-Abzugsschach verloren, es bleibt ihm nur das Feld h8, also 2. ... Lf6-h8, 3. Kf8-g8! Was nun, der Käufer geht verloren und Weiß gewinnt. Auf 3. ... Lx e6+ folgt natürlich Sx e6+ usw. Eine schon Endspielstudie, wenn auch die Lösung nicht schwer ist.

Aufgabe Nr. 139 und 142 wurde von S. Sed, Effen, nachträglich gelöst.

Schachnachrichten.

Die 2. Runde um die Abteilungsmeisterschaft findet Sonntag, den 18. November 1928, vormittags 9 Uhr, bei Sauer, Gräbichener Str. 259/61, statt.

Turnier-Bericht

Zum zweiten Male veranstaltete der Arbeiter-Schachverein Breslau und die Redaktion der „Volkswacht“ ein Problem-Lösungs-Turnier, und zwar in Form eines Dauerturniers. Diese Turnierart fand großen Anklang, denn die Teilnahme war ganz erheblich größer als die des ersten Turniers, gingen doch 30 Einsendungen ein. Mit unserem Bestreben, den Kreis der Problemfreunde ständig zu erweitern, sind wir wiederum einen großen Schritt vorwärts gekommen. Leider fehlt der größte Teil der Arbeiter-Schachspieler dem Problemfestschach gegenüber. Auch diese für die wundervollen Feinheiten des Problemschachs zu interessieren, soll auch weiterhin unsere Aufgabe sein. Wir machen schon heute darauf aufmerksam, daß anlässlich des ersten Schlesischen Schachturniers Ostern 1929 von Mitte Januar ab wiederum ein Lösungsturnier laufen wird. Nun zu unserem eigentlichen Bericht. Von den 30 Einsendungen schieben leider nach einigen Verhören eine ganze Anzahl von Anfängern und meist Geübten aus. Dies ist in ihrem eigenen Interesse bedauerlich, denn nur durch eifriges Lösen erhält man das nötige Wissen. An die Löser stellte das Turnier teilweise große Anforderungen, waren doch Stücke dabei, welche schwer zu überwinden waren. Einige Aufgaben waren nebenmäßig. Das ist für den Komponisten bedauerlich. Das Turnier aber hat dabei gewonnen, denn es brachte die Verhältnisse und damit eine gewisse Spannung hinein. Auf Grund der regen Teilnahme hat der Arbeiter-Schachverein beschlossen, die Anzahl der Preise auf acht zu erhöhen. Auch die Wünsche der Preisrichter sind nach Möglichkeit berücksichtigt worden. Nachstehend die genaue Reihenfolge: 1. und 2. Preis geteilt 5. Theis und W. Wrasnowski je (93). 6. Kirmis (91) 3. Preis, R. Sperlich (90) 4. Preis, W. Rühmer (88) 5. Preis, W. Kleichauer (86) 6. Preis, W. Ganska (70) 7. Preis und W. Höher (63) 8. Preis. Die weitere Reihenfolge ist: 9. Drapper (35), 10. Baumgarten (25), 5. Fischer (20), 5. Scholz (10), Th. Thöpfer (8), Fr. Höher (5), E. Wallack (3), R. Haenel (5), S. Renke (5), W. Büchel (5), Fr. Scheller (3), E. Kitten (3), G. Schmidt (2), R. Herde (2), S. Hoffmann (2), Fr. Beier (2). Alle anderen ohne Punkte. Die Preisverteilung findet anlässlich der Propaganda-Veranstaltung Mittwoch, den 21. November (Samstag), statt. Alle Preisrichter werden erucht, sich dabeit einzufinden. Das Zimmer im Gewerkschaftshaus wird nach an dieser Stelle bekanntgegeben.

Rich. Kitzner, F. Lux.

Und die Schi-Ausrüstung??

Brettel von Mk. 10.00 an Bindungen von Mk. 3.50 an. Stöcke von Mk. 2.95 an Hosen (Imp.) von Mk. 9.50 an.

Verlangen Sie unbedingt meine Preislisten. Solche Preise bietet nur

Isachsen-Str. 17/15 Sport-Hilbig Georgstr. 16

Breslauer Hallenschwimmbad. Schwimmhallen für Männer und Frauen. Schwimmunterricht, Massage, Wärmeh-, Dampf- und Elektr. Bäder, Inhalation. Außer Sonntags täglich geöffnet von 8 bis 8 Uhr.

Leben und Ende eines Abenteurers

Ein Fahrrad Dieb wurde dieser Tage in Paris auf freier Tat ergriffen und verhaftet. Im Untersuchungsgefängnis ergab sich, daß der festgenommene kleine Dieb ein internationaler Abenteurer größten Formats ist, dessen Taten einst die Polizei der ganzen Welt in Aufregung versetzt hatten. Denn Gropoff, Leonide Mezerjky, dessen Laufbahn so plötzlich beendet wurde, trieb sich in der ganzen Welt umher und tauchte in jedem Land in anderer Gestalt auf.

Das Leben dieses 42jährigen Abenteurerkönigs ist ein fesselnder Roman. Mezerjky's Laufbahn begann während des russisch-japanischen Krieges. Was er bis dahin trieb, ist in tiefes Dunkel gehüllt. Ebenfalls konnte einwandfrei festgestellt werden, woher er stammt. Er war Soldat und kämpfte in der russischen Armee. Nach einigen Monaten war er aber des Krieges überdrüssig. Er desertierte, organisierte eine Räuberbande und trieb mit dieser hinter der Front sein Unwesen. Die Banden schreckten sogar vor Verleumdungen nicht zurück. Bald wurden sie jedoch gefangen genommen, vor ein Kriegsgericht gebracht und zum Tode verurteilt. Da kam Mezerjky der Zufall zu Hilfe. Eine Granate schlug in das Haus ein, in dem das Kriegsgericht tagte; es entstand Verwirrung, die der Banditenhauptmann zur Flucht benutzte. Er entkam nach Bulgarien, ging nach Madagaskar und lebte dort als Komitatschi. Nach einigen Monaten hatte er aber auch von dieser unethischen und wenig einträglichen Beschäftigung genug. Er beschloß, auf ungefährliche Weise zu Geld zu gelangen.

Aus dem wilden und verwilderten Komitatschi wurde ein

eleganter Lebemann, der sich jetzt Fürst Mezerjky nannte und ein geruhsamer Gast der vornehmsten Gesellschaft Sofias war. In kurzen sechs Monaten hatte er sich einige Hunderttausend Francs erschwandelt und reiste mit diesem Geld an die französische Riviera. Dort trat er ebenfalls als der russische Fürst Mezerjky auf, spielte den Grandseigneur und verstand es, in kurzer Zeit das ganze mitgebrachte Geld zu verjubeln. Mit den letzten spärlichen Resten löste er sich eine Schiffskarte und fuhr nach Südamerika. Bald darauf brach der Weltkrieg aus. Mezerjky tauchte wieder in Frankreich auf. In Bordeaux nannte er sich Oberst; seine Papiere waren in Ordnung. Plötzlich verschwand er aus Bordeaux und begab sich nach Afrika mit seiner Gegenwart. Wie er dies Kunststück zuwege gebracht hat, ist heute noch ein Rätsel. In Afrika verlieh er sich den Generalsrang und führte ein herrliches Leben. Als der Krieg beendet war, kehrte er nach Europa zurück. Die erste Station war Prag; dort verschaffte er sich einen ordnungsmäßigen tschechischen Paß. In Sofia heiratete er die Tochter eines ehemaligen Ministers, die nach einem Jahre starb. Nun prellte Mezerjky den Schwiegervater um namhafte Beträge, mit denen er Ende 1923 als kändiger Gast in den Pariser Spielkasinos auftauchte. Als Mezerjky seinen letzten Frank verpielt hatte, fiel ihm sein früheres Räuberleben wieder ein. Er brach in ein Hotel ein, stahl zwei Armeniern eine halbe Million Francs. Vergeblich suchte ihn die Polizei. Er muß in großer Not gewesen sein, wenn er sich herabließ, ein Fahrrad zu stehlen. Jetzt wird der Abenteurerkönig eines schabigen Fahrrades wegen für immer in eine der Strafkolonien geschickt werden.

48 Rundfunthörer prozessieren

Ein interessanter Rechtsstreit

In dem Prozeß der 48 Dresdener Rundfunthörer, die unter Führung des Deutschen funkttechnischen Verbandes die Heilmittel wegen Störung des Rundfunkempfangs durch Hochfrequenz-Hellapparate verklagt haben, ist jetzt ein bedeutender Gerichtsbescheid ergangen. Es handelt sich in diesem Prozeß um die bisher gerichtliche noch nie entschiedene Frage, ob den Rundfunthörern ein Rechtsschutz gegen Störungen durch elektrische Anlagen der Nachbarschaft zusteht. Bekanntlich entstehen Staubfänger, Heißluftdampfapparate, Nähmaschinen-Motoren und ähnliche Geräte bestimmter Bauart elektrische Schwingungen, die in den Kopfhörern oder Lautsprechern der Funkempfangsanlagen unangenehme Geräusche erzeugen und dadurch den Empfang zeitweilig unmöglich machen. Das bürgerliche Gesetz gewährt nach seinem Wortlaut einen Abwehrschutz nur gegen sinnlich unmittelbar wahrnehmbare Einwirkungen der Nachbargrundstücke, wie z. B. Dämpfe oder Rauch. In dem Dresdener Prozeß wird nun von den Rechtsanwältinnen Dr. Harry Finckus-Berlin und Dr. Körner-Dresden der Standpunkt vertreten, daß auch die nur mittelbar, durch die Detektoren oder Röhren der Empfangsgeräte wahrgenommenen Rundfunkstörungen als Einwirkungen im Rechtssinne gelten müssen, und daß den Rundfunthörern daher die Besitzschutzklage zusteht. Das Dresdener Landgericht ist dieser neuen Gesetzes-Auslegung nicht beigetreten und hat beschlossen, über den wichtigsten Zusammenhang der Rundfunkstörungen mit dem Betrieb der Hellapparate Beweis zu erheben. Die Stellungnahme des Gerichts ist für das Rundfunkwesen von großer Bedeutung, da das Klagerrecht der Rundfunthörer damit bereits grundsätzlich anerkannt wird und der Ausgang des Prozesses zugunsten der Kläger nunmehr nur noch von der Führung des tatsächlichen Beweises abhängt.

Der Reichsbahn-Bestechungsprozeß

Gegen den Reichsbahnoberrat Schulze-Berlin gestaltete sich am Sonnabend erklarend für den Angeklagten. Direktor Daefner von der Firma Reiser erklärte im Gegensatz zu den Befundungen des Berliner Vertreters der Firma, Geilner, daß Schulze niemals mit der Firma Reiser zufrieden gewesen sei und so harte Bedingungen und Anforderungen an die Firma gestellt habe, daß sie bezüglich der Lagerschalen niemals Vorteile gehabt habe; die Firma habe vielmehr erhebliche Summen zugeföhrt, da die erwarteten großen Aufträge ausblieben. Der Zeuge ist niemals der Auffassung gewesen, daß Schulze irgendwelchen Einfluß auf die Auftragserteilung bei dem zuständigen Reichsbahndirektor Neumann hatte, zumal die Beziehungen zwischen Neumann und Schulze gespannt waren. Schon aus diesem Grunde könne von einer Beeinflussung Neumanns durch Schulze oder einer Zusammenarbeit zwischen den Beiden keine Rede sein. Der Zeuge erklärt weiter, daß die Firma Reiser niemals Geschenke für irgendwelche Aufträge an Schulze gegeben habe. Auf einen Vorhalt des Verteidigers, erwiderte der Anklagevertreter, die Anklage sei nicht davon ausgegangen, daß die Firma Schmiergelder bezahle oder Schmiergelder für Aufträge gezahlt worden seien. Die Angaben, wonach die Firma Reiser 97 000 Mark an

die Reichsbahn gezahlt habe, seien völlig unrichtig. Der als Zeuge vernommene Direktor Reiser befandete gleichfalls, daß Schulze hinsichtlich der Lagerschalen außerordentlich schwere Bedingungen gestellt habe.

28 Mädchen auf einer Bootsfahrt ertrunken

Nach einer Meldung Berliner Blätter aus Kairo ereignete sich bei einer Bootsfahrt einer Gesellschaft junger Mädchen über den Nil unweit des Marconi-Postens von Abu Zabal eine furchtbare Katastrophe. Das Fahrzeug sank wegen zu starker Belastung in der Mitte des Stromes und 28 Mädchen ertranken. Einem Angestellten der Radiostation, der die Bootsfahrt beobachtete, gelang es, 9 Mädchen zu retten. Der junge Mann war jedoch danach derartig erschöpft, daß er kurz darauf starb.

Furchtbarer Kinobrand

Bisher neun verkohlte Leichen geborgen

Wie aus Moskau gemeldet wird, ist in Hodorisch (Die Red.) im Gouvernement Woroneß während einer Kindervorstellung ein Brand in einem Kino ausgebrochen, wobei viele Kinder ums Leben kamen. Es gelang bisher nur, neun verkohlte Kinderleichen zu bergen. Die Aufräumungsarbeiten werden fortgesetzt. Die genaue Zahl der Opfer ist noch unbekannt.

Bei der Arbeit geköpft

In dem Dorfe Nellig in Unterfranken geriet die Landwirtsfrau Bed aus Unachtsamkeit in die Strohpresse der Drechselmaschine, wobei ihr der Kopf vom Rumpfe getrennt wurde.

Von der Drechselmaschine zermalmt

In Alt-Landsberg bei Berlin ereignete sich auf dem Gehöft eines Förstlers beim Korndrechsel ein furchtbarer Unglücksfall. Eine Arbeiterin geriet mit ihren Kleidern in das Getriebe einer Drechselmaschine und wurde mehrere Male um die Welle geschleudert. Der Verunglückten wurden beide Beine zermalmt. Sie fand in hoffnungslosem Zustande im Krankenhaus Aufnahme.

Blutiger Kampf mit Eingeborenen

In Zentral-Australien kam es dieser Tage zwischen Eingeborenen und Beamten einer Strafexpedition zu einem Kampf, in dessen Verlauf 17 Eingeborene, darunter zwei Frauen, getötet wurden. Die Eingeborenen griffen die Beamten mit Speeren und Bumerangs an; die Beamten antworteten mit Gewehrfeuer. Der Zusammenstoß war durch die Ermordung eines Europäers veranlaßt worden.

Eisenbahnkatastrophe in Galizien

Sechs Tote, fünfunddreißig Schwerverletzte

Bei Stanislau in Galizien fuhr durch die Unachtsamkeit des diensthabenden Verkehrsbeamten, der das Einfahrtsignal falsch gestellt hatte, ein aus Kolomea kommender Personenzug auf einen im Bahnhof haltenden Zug auf. Infolge des dichten Nebels konnte der Lokomotivführer den Zug nicht mehr zum Halten bringen.

Der Anprall hatte furchtbare Wirkungen. Die Lokomotive und einige Wagen des einfahrenden Zuges sowie zwei Wagen des haltenden Zuges wurden zertrümmert. Etwa vierzig Personen erlitten schwere Verletzungen; sechs sind inzwischen gestorben. Unter den Schwerverletzten befinden sich sechs Beamte der verunglückten Züge. Der schuldige Beamte ist verhaftet worden. Die Rettungsarbeiten wurden durch den Nebel stark gehindert; es dauerte mehrere Stunden, ehe man die verletzten Passagiere aus den Trümmern geborgen hatte.

Die Wechselkäufungen Litwinows

Wie aus Moskau gemeldet wird, hat die französische Regierung der Sowjet-Botschaft in Paris von dem Fund der französischen Polizei in der Angelegenheit der gefälschten Sowjetwechsel Nachricht gegeben. Sechs Wechsel in Höhe von 25 Millionen Francs, die von Litwinow, dem Bruder des Außenkommissars unterschrieben wurden, sind nunmehr in Paris aufgefunden worden. Nach Erklärungen der Polizei sollen noch weitere falsche Wechsel der Berliner Handelsvertretung, die von Litwinow gefälscht sind, in Umlauf sein. In Moskau ist man über diese Angelegenheit sehr empört und erklärt, daß die Sowjetregierung für diese Wechsel nicht haften werde, weil sie eine grobe Fälschung darstellten.

Der Bankdirektor als Bilderfälscher

Ende vorigen Jahres tauchten in Zürich drei Bilder (Kastanienbäumchen, Genfer See, Mädchenbildnis) auf, die als Werke des Schweizer Malers Ferdinand Hodler ausgegeben wurden. Die polizeiliche und wissenschaftliche Untersuchung hat jetzt einwandfrei ergeben, daß es sich um Fälschungen handelt. Die Bilder befanden sich im Besitz einer Wiener Kunsthandlung und wurden von dort an einen Salzburger Kunsthändler verkauft; von hier gelangten sie an einen Züricher Sammler. Die Fälschungen sind in Zürich vorgenommen worden. Der Züricher Bankdirektor A. Beregg-Vollhard hatte in den Jahren 1923/24 eine Münchener Malerin veranlaßt, gegen einen Hungerlohn Gemälde Hodlers und anderer Schweizer Meister zu fälschen. Die Malerin konnte nachweisen, daß sie von dem gezeichneten Herrn Bankdirektor nur ausgenutzt wurde. Den falschen Hodlerbildnissen hatte der Bankdirektor selbst hinzugefügt, als er in Geldschwierigkeiten geraten war und sich durch den Verkauf seiner angeblich echten „Meister“ eine neue Geldquelle erschließen wollte.

Ein falscher Arzt

Die Prager Polizei hat gegen den 23jährigen Johann Stampfl, einen gebürtigen Prager, der sich durch betrügerische Manöver in verschiedene Spitäler einschmuggelte, und dort ärztliche Funktionen ausübte, einen Steckbrief erlassen. In dem Prager Allgemeinen Krankenhaus operierte der „Arzt“ sogar einen Patienten. Als die Operation mißlang, nahm der Betrüger auch noch eine Bluttransfusion vor. Seine ärztliche Tätigkeit fand schließlich durch die Urzelle eines Buchhändlers ein Ende, dem Stampfl zahlreiche Bücher entlockt hatte. Der falsche Arzt verließ auf die Anzeige hin das Krankenhaus und ist seitdem verschwunden. Stampfl hat eine bewegte Vergangenheit hinter sich. Als Schüler einer Realschule fälschte er ein Abgangszeugnis. 1926 wurde er wegen Betrügereien zu zwei Monaten schweren Kerkers verurteilt. Nach der Verbüßung seiner Strafe legte er seine Schwindelmanöver in mehreren Krankenhäusern fort und verlor es, sich in einem jüdisch-milchigen Krankenhaus ein Anstellungsdiplom zu verschaffen. Der Schwindel wurde entdeckt und mit dreizehn Monaten schweren Kerkers bestraft, die Stampfl im März dieses Jahres verbüßt hatte.

Im Gefängnis wiedergewählt

Der Republikaner Patterson, der im Gefängnis zu Philadelphia eine fünfjährige Strafe verbüßt, erhielt gestern die Mitteilung, daß er wieder in den Senat gewählt sei.

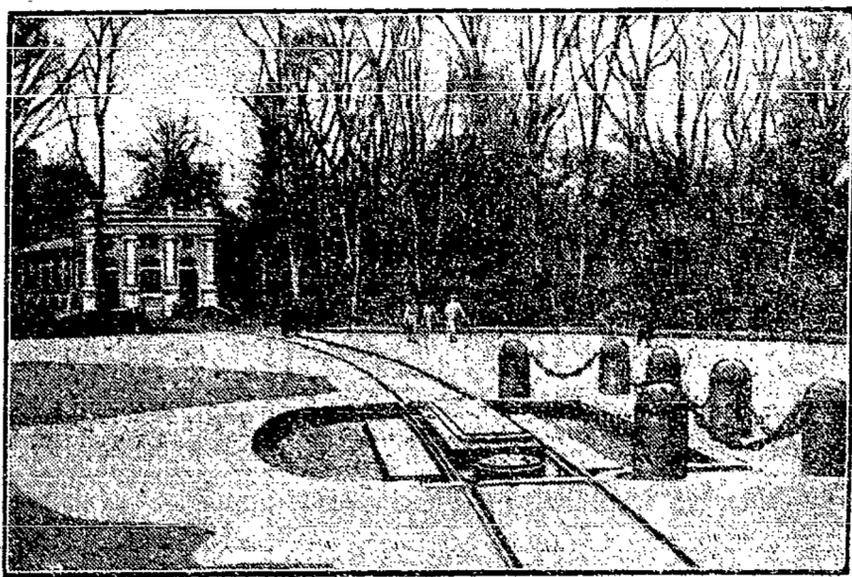
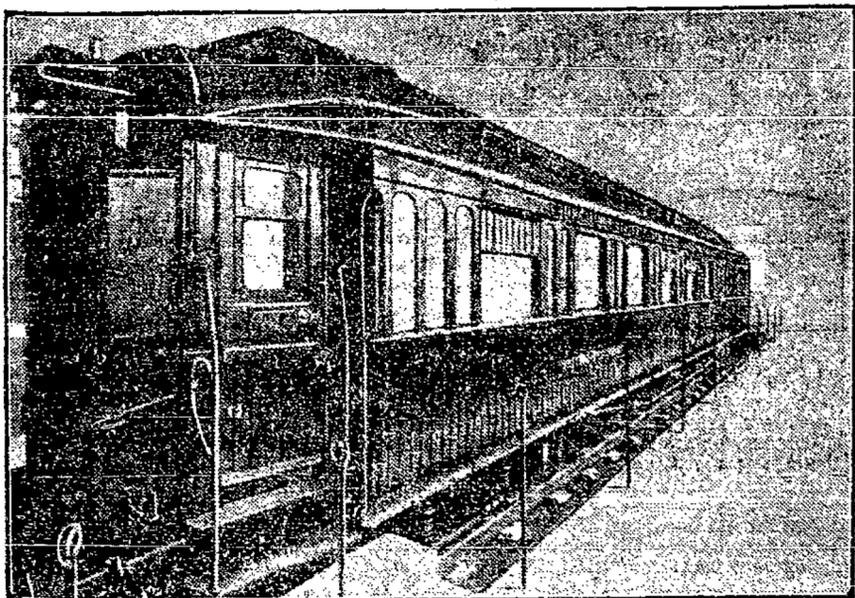
Eine 101 jährige Frau bei lebendigem Leibe verbrannt

Bei einem nächtlichen Feuer in der schwedischen Stadt Gullered verbrannte eine im 101. Lebensjahre stehende Frau bei lebendigem Leibe.

Strenge Kälte in Norwegen

In Norwegen hat seit einigen Tagen strenge winterliche Kälte eingekehrt. In Södra fiel das Thermometer unter 24 Grad, in Nösberg und Rumbö auf 22 Grad, in Telemarken wurden 15 Grad und bei Fredrikstad 13 Grad Kälte gemessen.

Wo der Waffenstillstand abgeschlossen wurde



Am 11. November vor zehn Jahren wurde zwischen den deutschen Unterhändlern und Marshall Foch im Wald von Compiègne der Waffenstillstand abgeschlossen. — Rechts: die jetzt

mit einem Gedenkstein gedeckte Stelle, an der der Salonwagen des Marshalls bei den Verhandlungen stand. Im Hintergrunde die Gedenkhalle. — Links: Der Wagen des Marshalls, in dem

die Waffenstillstandsverhandlungen geführt wurden, in der Gedenkhalle.

Landgemeindetagung in Berlin

In der Zeit vom 15. bis 17. November findet die Tagung des 4. Deutschen Landgemeindetags und 5. Preussischen Landgemeindetages gemeinschaftlich in Berlin statt.

Als Fortsetzung der Tagungen findet am 16. November nachmittags eine Aussprache des Deutschen Landgemeindetages im Plenarsaal des Reichswirtschaftsrates statt.

Banditenüberfall im Kreise Namslau

In der Ortschaft Strehlitz, im Kreise Namslau, wurde in der vorletzten Nacht das Auszügler-Paar K o p l e in der Wohnung von Mäubern, die in einem vermutlich in Breslau gestohlenen Auto vorzufahren, überfallen.

60 Mark für die Ehre einer Arbeiterin

Die sozialistische Presse soll „angewiesen“ werden, das Maul zu halten.

Die „Schlesische Bergwacht“ brachte vor einiger Zeit die Meldung, daß der Geschäftsführer der deutschen nationalen Volkspartei, Major a. D. Gerhard von Hirsch, der Geschlechtslehre einer Hausangestellten von ihm zu nahe getreten war.

Die angegriffene Ehre eines Proletariemädels wird also mit 60 Mark „beglückt“ und dann noch schnell dem Vater, nein der unabweisbaren sozialdemokratischen Zeitung, ein Kaufordr gebunden.

Um die Minderheitsschulen

Berhandlungen vor der Gemischten Kommission

Seit zwei Tagen wird vor der Gemischten Kommission in Kattowitz unter der Vorsitz des Präsidenten Calonder über die von dem Deutschen Volksbund eingereichten Klagen wegen Schließung der Minderheitsschulen in Tuchom, Krzywowitz, Emanuelshagen, Brzegowice, Studienka und Niederwiltza verhandelt.

Baldenburg. Beinahe vom Strom verbrannt. Der im Gäßchen „Zum Blücher“ eingelassene Träger der Stromleitung der elektrischen Straßenbahn löste sich dieser Tage und fiel herab, als ein Dittersbacher Kraftwagen passierte.

Baldenburg. Wohnungsbaun im Baldenburger Revier. Zwischen den beteiligten Reichs- und Landesministerien, dem Oberbürgermeister der Stadt Baldenburg, dem Landrat und Vertretern der „Abg.“ wurden am 6. November in Berlin in formaler Weise Besprechungen über die Errichtung von 600 Kleinwohnungen im Kreise Baldenburg gepflogen.

Die notleidenden Großgrundbesitzer wollen beim Frühstück Kaiserbilder sehen

„Entschliches“ ist wieder einmal in dem durch die Langen- oeller Steuerrevolte noch in frischer Erinnerung unserer Leser befindlichen Kreise Nimptsch geschehen.

Zur Einweihung der Landwirtschaftlichen Winterschule am 5. November war nämlich neben der Anwesenheit des III sozialdemokratischen Landrats, Genossen Seibold auch die Anwesenheit des, leider Gottes ebenfalls sozialdemokratischen Oberpräsidenten der Provinz, Genossen Lüdemann nicht vermeidbar.

Das Landbundsblattchen verweist darauf, daß der Staat heute 4-5 mal soviel Steuern „einheimet“ und daher, obwohl Lüdemanns Darstellung ziffernmäßig richtig sei, der Staat eigentlich die arme Landwirtschaft auspowere.

Über das ist nicht das Wesentliche. Daß die Nimptscher Großgrundbesitzer andere Ansichten über Steuerpolitik haben, wie das übrige deutsche Volk, ist allgemein bekannt und bedarf schließlich keines Kommentars.

- 1. eine Großaufnahme einer Denkmalsentwässerung für Kaiser Wilhelm I.;
2. das bekannte Bild der Kaiserkrönung in Versailles;
3. ein Bild Kaiser Wilhelms I. in Verbindung mit den Köpfen von Bismard und Nolcke;

Demgegenüber waren an der letzten Wand drei einfache Fahnenstücke in den Reichs-, Staats- und Stadtfarben, sowie die vergrößerte Aufnahme der beiden Reichspräsidenten Ebert und Hindenburg aufgehängt.

eigenen Häusern, auch die Kommunen Zuschüsse zu leisten haben. Zunächst soll eine Bergmannsiedlung mit 250 Wohnungen errichtet werden.

Peterswaldau, Cule. Aenderung der Ortsbezeichnung. Der Regierungspräsident hat genehmigt, daß die Gemeinde Peterswaldau an Stelle der bisherigen Ortsbezeichnung „Peterswaldau, Bezirk Breslau“, die Ortsbezeichnung „Peterswaldau (Culengebirge)“ führt.

Reichenbach O. Unvorsichtiges Schiitieren mit dem Schießeisen. Der Gendarmenoberwachmeister Auerwald im benachbarten Sohland a. R. prüfte dieser Tage seine Dienstwaffe, wobei sich diese entlud.

Namslau O.-L. Grabhändlungen. Auf dem alten Friedhof wurden (wahrscheinlich in der Nacht zu Donnerstag) von unbekannten Trolern zwanzig Grab- und Gedenksteine umgestürzt.

Landeshut. Zuchtstaus für alte Kerknoten. In einem Restaurant in Landeshut gab der Musiker Alfred R. für eine Zeche einen alten Jungfermarzschlein in Zahlung, auf dem er die Jahreszahl 1910 in 1925 umgeändert hatte.

Görlitz. Einbrüche bei Zeitungen. In der Nacht zum Freitag wurden die Geschäftsräume zweier Zeitungen von Einbrechern heimgesucht. Während die Täter, die die Einrichtungsgegenstände schwer beschädigten, in einem Falle beim Aufbrechen des Geldschrankes anscheinend gestört wurden, und nur aus der Tageskasse einen geringfügigen Geldbetrag entwendeten, erbeuteten sie im anderen Falle nach dem Aufbrechen von zwei Geldschränken die vorhandenen Kassenbücher im Betrage von mehreren tausend Mark.

Dippau, Kr. Schmiedschlowitz. Sympathische Kunden. An einem der letzten Tage erhielt abends der Kaufmann Ehrlichmann Besuch von vier Männern, die in seiner Wohnung Schuhe kaufen wollten. Als der Kaufmann einen Verkauf um diese Zeit ablehnte, zog einer der Männer eine Pistole und hielt sie ihm vor, während ein zweiter seine Taschen durchsuchte und ihm 125 Mark und 5 Rentenmark abnahm.

Kattowitz soll einen neuen Bahnhof bekommen. Der Magistrat behandelte in seiner letzten Sitzung den Ausbau eines zweiten Bahnhofes mit Ausgang nach der ulica Wojewodzka. Das Projekt fand allgemeine Zustimmung, da die Notwendigkeit eines neuen Bahnhofes zur Entlastung des rechten Bankes allgemein anerkannt ist.

Kattowitz. Festigung des schlesischen Sejm. Sonnabend nachmittag fand anlässlich des zehnten Jahrestages der Wiedererrichtung Polens eine Festgala des schlesischen Sejms statt. Der Sejm-Tagsungsaal war festlich geschmückt.

langten, daß von den drei überlebensgroßen Kaiserbildern, die durch die genannten Fahnen verdeckt an der Wand hingehen, wenigstens die alten beiden Kaiser gezeigt werden sollten.

„Nicht wenig erstaunt waren die rechtsstehenden Mitglieder des (Kreis-) Ausschusses, als sie am Eröffnungstage erfuhr, daß Genosse Seibold auch den Landrat des benachbarten Kreises Strehlen und den Kreislehrerrat ein- geladen hatte, die mit der Errichtung der Landwirtschaftlichen Winterschule nicht das Geringste zu tun hatten.“

Das ist wirklich fürchterlich. Man stelle sich nur vor, wie den feudalen Herren zu Mute gewesen sein muß, als sie mit denartig plebejischen Sozialdemokraten und dem Kreislehrerrat zusammen frühstücken sollten.

Die unerschämte Sprache in der Presse und das Verhalten der Landbunds Herren, das parlamentarisch näher zu bezeichnen wir uns versagen, bedeutet in Wirklichkeit natürlich ganz etwas anderes. Sie bedeutet, daß die Herrn von Nar und Halm die Staatsautorität ebenso wie die Schlotbarone am Rhein und Ruhr nur dann belächeln, wenn sie ihnen reiflos in der eigenen Interessenpolitik zu Willen ist.

den deutschen Sozialdemokraten teil. Nur die Bänke der Deutschen bürgerlichen Fraktion und der deutsch-bürgerlichen Presse waren leer. Der Sejm-Marschall hielt nach Eröffnung der Sitzung eine Festrede. Hierauf brachte der Wojewode einen Antrag auf Errichtung des schlesischen Museums ein und begründete diesen Antrag damit, daß die nationale Kultur und der polnische Geist in Schlesien durch die Errichtung eines Museums gepflegt werden sollen.

Kattowitz. Zur Vereinfachung des polnischen Rechtes ermächtigte der Ministerrat nach einem Bericht des Warschauer Korrespondenten der Kattowitzer Zeitung den schlesischen Wojewoden zur Vorlage einer Reihe von Anträgen an den schlesischen Sejm, die die Ausdehnung des polnischen Rechts auf die schlesische Wojewodschaft bezwecken.

Hultschin. „Bist du Gottes Diener, brauchst du keine Hüner!“ Wie der „Mor. St. Denis“ meldet, sollen dem Pfarrer Derla alle Früchte gestohlen worden sein. Die ausgetauften Einbrecher schrieben freundlich auf die Tür des Hühnerstalles: „Bist du Gottes Diener, brauchst du keine Hüner!“

Kreis Neumarkt

Im „Rüttelwagen“ zur letzten Ruhe

Zwei junge Arbeiter aus Neumarkt kauften sich kürzlich gemeinsam ein Motorrad. Als am vergangenen Freitag einer der Inhaber des Motorrades, der Modelleur Frost, auf der Chaussee Kammendorf-Neumarkt in die Deichsel eines Adergespannes fuhr, wurde er derart schwer verletzt, daß er kurze Zeit nach Einlieferung ins katholische Krankenhaus verstarb.